





Auf der Tagesordnung

03 Herausfordernde Zeiten

GEW-Bildungstag befasst sich mit psychischen Auffälligkeiten von Schüler*innen

Dein gutes Recht

04 Dilemma: Medikamentengabe an Schulen

Ein (sehr) persönlicher Zwischenruf

05 Jahresplan für die Arbeit des örtlichen Personalrats an Schulen

Anfang Mai wurden die Personalräte der Schulen neu gewählt. Welche Aufgaben haben sie vor sich?



Schwerpunkt Schule unter besonderen Herausforderungen

06 Anleitung zum Nett-Sein

100 Teilnehmende beim Bildungstag zu "Schulen unter besonderen Herausforderungen"

09 Hilfestellungen und Tipps für den pädagogischen Alltag

11 Schule als Identifikationsraum – Impulse für die bildungs- und gewerkschaftspolitische Arbeit

Vielfältige Diskussionsrunden im World-Café

Blickpunkt

13 Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe Plattdüütsch in 'n Bundsdag

En Glanzlicht mit Ünnerhollensweert un de Stenografen kemen bannig in Sweet

Glosse

14 Ist das ein Dienstunfall?

Daten, Zahlen, Fakten

15 Schleswig-Holstein knapp über dem Relegationsplatz

Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler

GEW-Arbeit

16 Tarifrunde Bund und Kommunen 2023

Allein in Schleswig-Holstein streikten über 4.000 Beschäftigte von Bund und Kommunen.

17 Landesdelegiertenversammlung 2023

29. November bis 1. Dezember 2023, Weissenhäuser Strand

18 Plötzlich viral – René Freibergs Reaktion auf die SWK Vorschläge

Bisher über 52.000 Klicks für das Video auf YouTube

19 Noch eine Schippe drauflegen – das geht gar nicht!

Treffen im GEW-Kreisverband Flensburg

20 Sondervermögen dringend erforderlich

GEW, KTK und AWO appellieren an Bundesregierung

Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Die Debatte zeigt: Die wesentlichen Fragen bleiben weiterhin offen

21 Steigende Schulkosten

DKSB, GEW, Eltern und Schüler*innen melden sich zu Wort

Kurz & knackig

22 Tipps, Hinweise und Termine

Notizen

- 23 Notizen aus dem Gewerkschaftshaus
- 23 Impressum

Zu guter Letzt

24 Plakat Bildungsrevolution

Herausfordernde Zeiten

GEW-Bildungstag befasst sich mit psychischen Auffälligkeiten von Schüler*innen



Kerstin Quellmann, Stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Schleswig-Holstein

Liebe Kolleg*innen,

etwa jedes 4. Kind leidet nach der Copsy-Studie des UKE Hamburg (2022) unter psychischen Auffälligkeiten! Ein Ergebnis, das Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, nicht überrascht. Aber auch ein Ergebnis, das in Zahlen eindrucksvoll belegt, was wir in den Kitas und Schulen feststellen: Unseren Kindern und Jugendlichen geht es schlecht! Grund genug für die GEW, einen Bildungstag zu diesem Thema zu veranstalten - im Spannungsfeld zwischen der Gesunderhaltung von uns Pädagog*innen und der weiteren Professionalisierung für unsere Arbeit.

Risikofaktoren für psychische Belastungen

Als besondere Risikofaktoren für psychische Belastungen gelten die Belastung der Eltern, ein geringes Bildungsniveau, beengter Wohnraum und Migrationserfahrung. Ein Blick auf den im Oktober 2022 veröffentlichten IQB-Bildungstrend offenbart große Schnittmengen. Das Schulsystem kalkuliert seit Jahrzehnten etwa 10 Prozent der Schüler*innen ein, die keinen Abschluss erreichen, weil die zur Verfügung stehenden Fördermaßnahmen dafür nicht ausreichend sind. Davon abgesehen, dass diese Herangehensweise menschlich und pädagogisch höchst fragwürdig ist, können wir uns einen solchen Umgang mit unserer Jugend längst nicht mehr leisten. Wir sind in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein weit entfernt von Bildungsgerechtigkeit und die zunehmenden psychischen Belastungen werden diese Entwicklung verschärfen, wenn wir nicht entschieden gegensteuern. Schule mit den heutigen Möglichkeiten und Ressourcen kann darauf nicht die passenden Antworten finden. Der Aufbau eines gut finanzierten und personell gut ausgestatteten Ganztagssystems, in dem Lern- und Erholungszeiten Platz finden, kann hier ein wichtiger Beitrag sein. Den Überlegungen des Bildungsministeriums, den Ganztagsausbau 2026 mit den aktuellen Standards für Personal und Qualifikation weiter zu betreiben, muss eine klare Absage erteilt werden. Gute Bildung kostet Geld - und ist die wichtigste Investition in die Zukunft!

Gute Bildung braucht mehr Geld

Im Dezember 2022 hat die GEW auf Bundesebene ein Sondervermögen "Bildung" gefordert. Inzwischen greifen auch Politiker*innen, wie z.B. die SPD-Vorsitzende Saskia Esken, die Forderung auf. Hier müssen wir nachsetzen und weiter Druck machen. 100 Milliarden für die Bildung! Das klingt nach viel – zu viel? Ein Blick in das KfW-Kommunalpanel von 2022 zeigt: Der aktuelle Sanie-

rungsstau in den Kitas und Schulen beträgt 56,1 Mrd. Euro. Über die Hälfte des geforderten Sondervermögens würde also allein in die Instandsetzung der jetzigen Gebäude fließen. Auch wenn das Arbeiten, Betreuen und Lernen in modernen Räumen eine neue Erfahrung sein dürfte - auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit wären wir noch keinen Schritt weiter. Wir brauchen zusätzliches, gut qualifiziertes Personal und wir brauchen mehr Zeit! Pädagogik mit der "heißen Nadel" funktioniert nicht. Und das ist kein Problem, das nur die Schulen betrifft. Bildung fängt schon vor der Schule an! Kitas legen den Grundstein und sind wichtige Bildungsorte - sie sind keine Aufbewahrungsorte. Sie sind besonders vom Personalmangel betroffen. Oft können die Betreuungszeiten nicht mehr gewährleistet werden oder Kitas müssen tageweise schließen. Auch in Kitas und Krippen brauchen wir dringend bessere Arbeitsbedingungen, um Personal zu gewinnen und zu halten, aber auch, um den Kindern gerecht werden zu können. Denn schon bei den kleinsten Kindern zeigen sich die verschiedenen psychischen Belastungssituationen deutlich. Wie wir aber spätestens seit dem Bildungstag wissen, sehen Angst und Trauer bei Kindern anders aus. Gerade außerhalb der eigenen Familie zeigt sich kindliche Angst oft als Wut. Mit angespannter Personaldecke darauf angemessen zu reagieren, ist eine kaum zu bewältigende Herausforderung.

Die Bildungsministerin betont regelmäßig, dass wir Pädagog*innen den schönsten Job hätten – wir dürfen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung begleiten. Unsere Aufgabe ist ihrer Meinung nach sogar so schön, dass wir freiwillig noch mehr arbeiten könnten – sogar über die Vollzeit hinaus. Gleichzeitig klagen Kolleg*innen über die hohe Belastung und flüchten sich in Teilzeit. Das passt nicht zusammen! Es zeigt, dass die reale Leistung der Kolleg*innen von vielen Politiker*innen immer noch nicht anerkannt wird. Aber, und auch das war eine wichtige Aussage des Bildungstages, wertschätzender Umgang mit Schüler*innen gelingt nur, wenn wir auch wertschätzend mit uns selbst umgehen können. Der Haltung von Ministerin Prien kommt da eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Wenn die Ministerin suggeriert, Lehrkräfte könnten auch bei Vollzeittätigkeit noch mehr arbeiten, dann ist das das Gegenteil von Wertschätzung. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren!

Dilemma: Medikamentengabe an Schulen

Ein (sehr) persönlicher Zwischenruf

In den letzten Wochen häuften sich in der Rechtsschutzstelle erneut Anfragen, ob Lehrkräfte dienstlich verpflichtet werden können, Schüler*innen mit Vorerkrankungen Medikamente zu verabreichen. Es gäbe entsprechende Ansagen seitens der Schulaufsichten. Das Thema ist nicht neu. Be-

Lehrkräfte können nicht zur Medikamentengabe verpflichtet werden.

reits in der E&W-Ausgabe 03/2015 haben die GEW-Juristinnen Bianka Schlick und Claudia Hintz die damit verbundene Problematik ausführlich beleuchtet. Der GEW liegen aktuell keine Informationen vor, dass es seit damals grundsätzliche Änderungen an den Rechtsgrundlagen oder der Sicht des Bil-

dungsministeriums zur Thematik gibt. Lehrkräfte können zur Medikamentengabe nicht verpflichtet werden!

Dennoch habe ich mich gefragt, wie ich denn in einer entsprechenden Situation handeln würde. Würde ich die Vereinbarung eines Haftungsausschlusses mit den Eltern unterschreiben, wenn ich sie vorgelegt bekäme? In Gesprächen mit Kolleg*innen eines Förderzentrums Geistige Entwicklung (GE) erfuhr ich, dass dort solche Vereinbarungen unterschrieben werden. Allerdings ausschließlich auf freiwilliger Basis. Bei der Einsatzplanung wird dann darauf Rücksicht genommen, wenn Kolleg*innen sich nicht vorstellen können, ein entsprechendes Papier zu unterzeichnen. Möglicherweise ein gangbarer Weg.

Was täte ich aber konkret, wenn in meiner Klasse ein Kind wäre, das regelmäßig oder

Ergänzende Informationen:



Broschüre "Lernen am anderen Ort", S. 22 (www.t1p.de/LaaO) Broschüre "Medikamentengabe an Schulen, UK Nord (www.t1p.de/UKN)

in bestimmten Fällen eine Medikamentengabe benötigt? Selbstverständlich bekomme ich keine "Anweisung", sondern nur den freundlichen Hinweis der Vorgesetzten, dass ich doch mit den Eltern die Vereinbarung treffen möge. Die auch noch den Passus enthält, dass ich durch einen Arzt in die korrekte Verabreichung des Medikaments eingewiesen worden sei.

Ich jedenfalls würde mich in einer solchen Situation ziemlich allein gelassen fühlen. Mit dem Zwiespalt, dass selbstverständlich jedes Kind das Recht auf Teilhabe an allen Bereichen des Schullebens hat – und der Angst, im Ernstfall möglicherweise etwas falsch zu machen. Sei es vor Aufregung oder weil gerade irgendwo anders im schulischen Kontext meine Aufmerksamkeit als Lehrkraft so stark gebunden ist, dass ich eine Medikamentengabe vergesse (unter Umständen mit gravierenden Folgen für das Kind), oder Anzeichen für einen Notfall nicht erkenne (mit unter Umständen ebenfalls gravierenden Folgen für das Kind). Mein Dienstherr lässt mich mit der Haftungsfrage allein. Mag das Risiko noch so hypothetisch sein, ob ein Handeln oder Unterlassen nur fahrlässig oder grob fahrlässig ist. Die Unfallkasse wird ggf. ihre Regressansprüche bei der Lehrkraft prüfen. Am Ende entscheiden über diese Frage Gerichte - und nicht das Bildungsministerium.

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist in den letzten Jahren kontinuierlich weiter angestiegen. Daher drängt sich mir die Frage auf, wofür Lehrer*innen denn noch alles zuständig und verantwortlich sein sollen?

Abschließend: Ich kann mir nicht vorstellen, eine entsprechende Vereinbarung mit den Eltern zu unterzeichnen. Wie ich jedoch in einem akuten Notfall agieren würde steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Christian Steenbuck, Leiter der GEW-Rechtschutzstelle

E&W 03/2015

Umgang mit kranken Kindern

Seit einiger Zeit erreichen uns vermehrt Anfragen, die den Umgang mit kranken Kindern betreffen. Angesprochen sind hier vor allem Lehrkräfte, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen.

Grundsätzlich können weder Lehrkräfte, ErzieherInnen noch SozialpädagogInnen gegen ihren Willen zur Verabreichung von Medikamenten oder zur Vornahme medizinischer Handlungen verpflichtet werden. Eine Übernahme auf freiwilliger Basis ist zulässig, jedoch mit enormen Haftungsrisiken für die ausführenden Personen verbunden. So erfüllt z.B. das Verabreichen einer Insulinspritze formal zunächst den Straftatbestand der Körperverletzung, wenn dies von nicht dafür ausgebildeten Fachkräften vorgenommen wird! Zudem drohen eine weitreichende zivilrechliche Haftung sowie ein Regress des Unfallversicherungsträgers nach § 110 SGB VII.

Oft wird den Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen dann die Vereinbarung eines Haftungsausschlusse wirkt jedoch
nur zwischen den ihn abschließenden Personen, d.h. zwischen den Eltern und den Lehrkräften. Der Regressanspruch des Unfallversicherungsträgers wird hiervon nicht erfasst
und verbleibt damit als Haftungsrisiko!

Die GEW hat das Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein in Bezug auf diesen Missstand angeschrieben und zum Ausdruck gebracht, dass aus GEW Sicht diese einseitige Auferlegung des Haftungsrisikos nicht im Interesse der betroffenen Beschäftigten noch der anvertrauten Kinder und deren Eltern ist.

Das Ministerium hat der GEW mit Schreiben vom 13.01.2015 geantwortet und mitgeteilt, dass es die Rechtslage im Kern genauso wie die GEW beurteilt. Allerdings kommt eine Haftungsübernahme aus Sicht des Ministeriums nicht in Betracht. Diese Auffassung begründet es im Wesentlichen damit, dass ein solcher Regressanspruch mindestens ein grob fahrlässiges Fehlverhalten voraussetzen würde. Grobe Fahrlässigkeit liege aber nur vor, wenn die verkehrserforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt werde, schon einfachste, ganz nahe liegende Überlegungen nicht angestellt oder beiseite geschoben und nicht beachtet werden würde, was im gegebenen Fall sich jedem aufdränge. Zusätzlich müsse dem Handelnden auch in subjektiver Hinsicht ein gesteigertes (schweres) Verschulden treffen. Soweit von der GEW die Übernahme eines möglichen Regressanspruches gefordert werde sei dies aus Sicht des Ministeriums nicht zielführend, denn eine Haftungsfreistellung würde dem Zweck des § 110 SGB VII zuwider laufen. Die leichtfertige Übernahme von me dizinischen Maßnahmen trotz fehlender Kenntnisse bzw. mangelnder Vorbereitung würde für die Lehrkräfte dann kein Handlungsrisiko mehr bedeuten. Der Rückgriff soll aber dem Sozialversicherungsträger im Wesentlichen aus präventiven Gründen gewährt werden. Damit komme der Norm eine verhaltenssteuernde Funktion zu, indem aufgrund drohender Ersatzpflicht zugunsten der Schülerin oder des Schülers die handelnde Person nicht von vornherein davon frei sei, ganz nahe liegende Überlegungen anzustellen

oder dasjenige zu beachten, was sich im konkreten Fall jedem aufdränge. Im Übrigen sei dem Ministerium auch kein Fall bekannt, in dem ein Regress durch die Unfallkasse Nord gegenüber einer Lehrkraft geltend gemacht wurde. Im Ergebnis sei daher das von der GEW aufgezeigte Regressrisiko zwar grundsätzlich gegeben, allerdings in der Sache selbst als sehr gering zu bewerten.

Nachdem nun klargestellt ist, das das letzte Haftungsrisiko bei der jeweiligen Lehrkraft verbleibt, ist es die höchstpersönliche Entscheidung jeder/jedes einzelnen, ob und in welchem Umfang sie oder er Medikamente verabreicht oder medizinische Handlungen an anvertrauten Schülerinnen und Schülern vornimmt. Rechtlich verpflichtet ist die Lehrkraft nicht. Eine Verpflichtung besteht nur in einem Umfang, die der Vornahme von Ersten-Hilfe-Maßnahmen entspricht, die jede(r) leisten muss. Der GEW war es wichtig, den Umfang der rechtlichen Verpflichtung und das bestehende Haftungsrisiko aufzuzeigen. Wie sich die betroffene Lehrkraft entscheidet, bleibt insofern eine persönliche Entscheidung

Da sich das Problem der Medikamentengabe nicht nur auf den schulischen Bereich begrenzt, hat die GEW ebenfalls das für die Kindertagestätten zuständige Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung in dieser Frage angeschrieben. Sobald uns von dort eine Antwort vorliegt, werden wir weiter informieren.

Bianka Schlick, Claudia Hintz



Jahresplan für die Arbeit des örtlichen Personalrats an Schulen

Anfang Mai wurden die Personalräte der Schulen neu gewählt. Welche Aufgaben haben sie vor sich?

m unten folgenden Terminplan sind beispielhafte Tätigkeiten des Personalrates in einem Jahresablauf aufgelistet.

Zu unterscheiden sind dabei Angelegenheiten, die das Kollegium betreffen und zu denen der Personalrat nach § 49 Mitbestimmungsgesetz (MBG) zu hören ist (z.B. der Terminplan für Schulveranstaltungen) und Maßnahmen, zu denen der Personalrat "JA"

sagen muss, also nach § 51 MBG in der Mitbestimmung ist. Eine Maßnahme nach § 51 MBG erkennt man daran, dass sich für einzelne Kolleg*innen oder das Kollegium als Ganzes eine Änderung ergibt, die in erster Linie nach innen in die Dienststelle hinein wirkt. Beispiele hierfür sind: Vergabe der Fachkonferenzleitung oder der Zweitkorrektur bei Abschlussprüfungen, Einrichtung

· Mitbestimmung bei Ausschreibungen zum

· Planung der Elternsprechtage/Zeugnisge-

· Mitbestimmung bei Veränderungen des

Stundenplans (Unterrichtsverteilung, Aus-

01.02. (vgl. pbOn-Handbuch)

Planung der Zeugniskonferenzen

eines Ruheraums, usw. Nicht mit aufgeführt sind die verpflichtenden "Monatsgespräche" nach § 47 Abs. 1 MBG. Danach sollen die Dienststellenleitung (§ 8 Abs. 5 MBG) und der Personalrat mindestens einmal im Monat zu einer gemeinsamen Besprechung zusammentreten, um alle Belange, die das Kollegium betreffen, gemeinsam zu erörtern und Planungen bekannt zu geben.

August / September

- Besprechung grundsätzlicher Vorhaben: z.B. Teilnahme Schulfeedback, Änderungen Schulprofil, Fortbildungsplanung, usw.
- Daten zum Schuljahresbeginn darlegen
- Terminplanung (Konferenzen, Personalversammlung, Schulveranstaltungen)
- Änderung der Geschäftsverteilung in der Schule (Mitbestimmung)
- · Meldung von Ausbildungsplätzen (Mitbestimmung) und Plätzen für das Praxisse-
- · fortlaufend: Information zum Stand (Stundenplanung, Vertretungsplanung, usw.)



spräche

Personalräteschulungen für neu gewählte Personalräte

Oktober / November

- Beratung zwischen Schulleitung und ÖPR zur Fachbedarfsmeldung
- · Informationsaustausch zum Erlass "Anträge und Bewerbungen" (z.B. Teilzeitanträge, Versetzungen, Ländertausch, Beurlaubungen, usw.), ggf. erwartete Veränderungen
- Beratungen zu Freigaben und Fachbedarf bei Versetzungswünschen
- · Betreuung von Praktikant*innen
- · Vorbereitung Schulkonferenz

Dezember / Januar

- Personalplanung: erwartete Veränderungen zum Schulhalbjahr (§ 49 MBG)
- Einigung auf Fachbedarfsmeldungen vor Weitergabe

Februar / März

gleichsstunden, usw.)

- · Planstellenerlass: Planstellenzuweisungsverfahren (PZV) überprüfen, ggf. Erläuterungen einholen
- · A14-Verfahren: Aushändigung von Ausschreibungstext und Beurteilungskriterien durch die Schulleitung
- Information zu anstehenden Versetzungen (Interessenbekundungen) und zu Einstellungen zum neuen Schuljahr
- Einstellungen zum 01.08. vorbereiten
- Mitbestimmung bei Ausschreibungen zum 01.08. (vgl. pbOn-Handbuch)
- · Mitbestimmung bei Meldung von Ausbildungsplätzen
- · Mitbestimmung bei der Meldung von Praktikumsplätzen

- · A 14-Verfahren: Mitbestimmung beim Auswahlvorschlag und Aufgabenübertragung
- · Personalversammlung planen und durchführen

April / Mai

- · Fortführung: Einstellungen und Versetzungen, Mitbestimmung bei Ausschreibungen zum 01.08. (vgl. pbOn-Handbuch)
- Informationen zu Überlegungen für das neue Schuljahr (§ 49 MBG)

Juni / Juli

- · Fortführung: Einstellungen; Mitbestimmung bei Ausschreibungen und Auswahl zum 01.08. (vgl. pbOn-Handbuch)
- Planungen für das neue Schuljahr: Mitbestimmung bei der Unterrichtsverteilung, Aufsichten, Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden, Über- und Unterschreitungen der Pflichtstundenzahl
- · Festlegung der regelmäßigen PR-Sitzungen (§ 26 MBG)
- · Festlegung der mindestens monatlichen Termine für Gespräche zwischen Schulleitung und PR (§ 47 MBG); gemeinsame Festlegung eines Jahresplans
- · evtl. neue Aufgabenverteilung
- · Ferienbereitschaften festlegen

Christiane Petersen, GEW-Mitglied im Hauptpersonalrat (L)



Plenum des Bildungstages, Vortrag von Prof. Dr. Armin Castello "Pädagogisches Handeln bei Schulangst und Depressivität"

Anleitung zum Nett-Sein

100 Teilnehmende beim Bildungstag zu "Schulen unter besonderen Herausforderungen"

Mädchen, die auf keine Frage antworten, Jungen, die beim kleinsten Problem mit Wut reagieren, Kinder, die nicht mehr in den Unterricht kommen: "Schülerinnen und Schüler gehen uns verloren, und dieser Trend ist durch die Corona-Zeit noch verstärkt worden", sagt Kerstin Quellmann, Vorsitzende der Fachgruppe Sonderpädagogik in der GEW Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit Tamara Reichmann Niemann, die für die Fachgruppe Grundschulen zuständig ist, hat sie zu einem Bildungstag eingeladen, in dem es um diese stark belasteten Kinder ging. Unter dem Motto "Schule unter besonderen Herausforderungen" kamen Mitte März rund 100 Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und andere Fachleute zusammen, um fachlichen Input zu erhalten und Lösungen zu erarbeiten.

An neun Tischen im großen Versammlungsraum des Veranstaltungszentrums Kiel wurde diskutiert, gestritten, gelacht. Die Teilnehmenden des Bildungstages bewegten sich nach dem World-Café-Prinzip von Tisch zu Tisch, um in immer neuen Runden Erfahrungen auszutauschen und ihre Ideen und Kommentare aufzuschreiben. Nebenbei boten die Tische die Chance, mit einigen Kandidat*innen für die Wahl zum Hauptpersonalrat ins Gespräch zu kommen, die an den Arbeitsstationen die Moderation übernommen hatten. "An allen Tischen gab es sehr konzentrierte und konstruktive Gespräche", freute sich Kerstin Quellmann. Die Ergebnisse sollen in die bildungspolitischen Forderungen einfließen, die unter anderem in der AG "Zukunft der Bildung" erarbeitet werden, so Quellmann weiter. Eine Erkenntnis kristallisierte sich schnell heraus: "Was die Kolleginnen und Kol-

legen zusammengetragen haben, untermauert unsere Dauerforderung: Wir brauchen mehr Zeit und mehr schulisches Personal verschiedener Professionen. Denn Beziehungsarbeit lässt sich nicht nebenbei erledigen."

"Wir treffen in den Schulen auf Kinder, die verlernt oder nie gelernt haben, glücklich zu sein." Astrid Henke

Die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke führte in ihrem Grußwort in die Thematik ein: "Laut dem Glücksatlas leben in Schleswig-Holstein die meisten glücklichen Menschen. Aber wir treffen in den Schulen auf Kinder, die verlernt oder nie gelernt haben, glücklich zu sein." Einige seien Opfer von Vernachlässigung oder Gewalt, andere würden selbst zu Tätern. Sie alle hätten den Zugang zum Lernen verloren. "Lern- oder Motivationsprobleme, Schulangst, Gewalt, Absentismus, psychische Erkrankungen und die oft schwierige Kommunikation mit Eltern: die Liste der Herausforderungen, vor denen Lehrkräfte heutzutage stehen, ist lang", sagte Henke. "Diese Probleme können die Schulen nicht alleine lösen. Aber wir können unsere eigene Professionalität entwickeln, um souveräner mit diesen Herausforderungen umzugehen."

Dennoch sei in erster Linie die Politik gefragt, weil sie die Rahmenbedingungen setzt – und die stimmten zurzeit nicht, stellte Henke fest. Statt über mehr Tests und Lernzielkontrollen den

Druck zu erhöhen, müsste es um soziale Kompetenzen gehen: "Wir müssen nicht die Frage stellen: Was weißt du noch nicht? Sondern vielmehr: Wie geht es dir?"

Wie richtig und wichtig dieser Ansatz ist, machte Armin Castello, Bildungswissenschaftler und Professor an der Europa-Universität Flensburg, in seinem Vortrag über "Pädagogisches Handeln bei Schulangst und Depressivität" deutlich. Denn psychisches Leiden führe zu einer Beeinträchtigung schulischer Leistungen: "Wer schlecht schläft, sich ausgelacht fühlt, Angst vor Versagen hat, der kann sich nicht auf den Unterricht konzentrieren, so gut er auch sein mag", sagte Castello, der in Flensburg die Abteilung Sonderpädagogische Psychologie leitet und als Fachbuchautor über Schulangst, Depression und Suizidalität bei Kindern und Jugendlichen schreibt.

Das Problem ist beträchtlich: Etwa 13 Prozent der Vier- bis 17-Jährigen leidet unter einer diagnostizierten psychischen Krankheit, so eine Meta-Studie von 2015, die Daten aus 27 Ländern ausgewertet hat. Angststörungen stehen dabei mit 6,5 Prozent ganz vorn, gefolgt von Störungen des Sozialverhaltens, Aufmerksamkeitsstörungen wie ADHS und Depression. Teilweise leiden Betroffene unter mehreren Störungen gleichzeitig.

Doch lange bevor eine krankhafte Störung diagnostiziert wird, zeigen Kinder und Jugendliche bereits Auffälligkeiten. Hier hat die Corona-Pandemie eine große Rolle gespielt, aber auch andere Krisen wirken auf die Psyche der Jüngsten. Jedes vierte Kind ist betroffen, sagt die im Dezember 2022 veröffentlichte COPSY-Studie. Erneut steht die Angst ganz oben. Sorgen bereiten Klima- und Energiekrise sowie der Krieg in der Ukraine. Angesichts der Fülle der Probleme sind die Werte sogar höher als während der Corona-Zeit.

Entsprechend sollte der Umgang mit ängstlichen und depressiven Kindern einen Schwerpunkt in der Aus- und Weiterbildung

Mit Angst in der Schule

- Bei 6,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen ist eine Angststörung diagnostiziert.
- Das Gefühl von Ängstlichkeit kennt sogar jedes vierte
- Besonders betroffen sind Kinder, deren Eltern selbst unter Belastungen leiden. Weitere Risikofaktoren sind ein geringes Bildungsniveau, beengter Wohnraum und Migrationserfahrung.
- Symptome sind körperliche Reaktionen, Schlafschwierigkeiten, aggressives Verhalten oder Rückzug bis hin zum Schulabsentismus. Die Betroffenen fühlen sich missachtet oder verspottet, auch wenn das gar nicht der Fall ist.
- Angst macht Lernen schwierig, daher sinken die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen.

von Lehrkräften darstellen, forderte Castello, der sich vom Bildungstag und der Diskussion mit den Praktiker*innen auch einen Impuls für die eigene Arbeit wünscht. Denn generell wäre die Schule ein guter Ort, um betroffenen Kindern zu helfen, und die Bildungsfachleute der multiprofessionellen Teams in Kitas und Schulen wären eigentlich auch die richtigen Personen wenn denn Zeit und personelle Ressourcen ausreichen würden.

Dass es zurzeit nicht so ist, berichtet eine Berufsschullehrkraft,



Zu Diskussionen und Informationsaustausch gab es auch Gelegenheit im World-Café



GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke

die Jugendliche im Berufsförderjahr begleitet: "Viele von ihnen brechen ab, weil es ihnen schlecht geht. Sie daddeln die ganze Nacht, schlafen nicht, und tagsüber gibt es Konflikte." Darunter würde auch das Kollegium leiden, die Situation sei für alle belastend. Eine Sozialpädagogin berichtet Ähnliches: "Schule kann mit diesen Kindern nicht umgehen."

Castello machte aber Mut, "den pädagogischen Alltagsmoment" zu nutzen: "Viele kleine Einzelerfahrungen sind nachhaltig wirksam." Der Diplom-Psychologe, der vor seiner Promotion in der Jugendhilfe und der beruflichen Rehabilitation von Jugendlichen sowie in der Kinder- und Jugendambulanz der Universität Freiburg gearbeitet hat, stellte zwei Verfahren vor, die Lehrkräfte anwenden könnten.

Bei der "Verhaltensaktivierung", einer Methode aus der Psychotherapie für Menschen mit Depression, gehe es darum, Negativkreisläufe zu durchbrechen: Den Betroffenen geht es nicht gut, daher bleiben sie zuhause, und das Nichtstun führt dazu, dass es ihnen noch schlechter geht. Um dieses Schema zu durchbrechen, schlug Castello vor, dass die Betroffenen Wochenpläne schreiben und sich fest vornehmen, Sport zu treiben oder Freunde zu treffen. Die positiven Erfahrungen könnten helfen, ein Bollwerk gegen Frustgefühle oder Angst zu errichten.

Auch über die eigene Haltung lasse sich viel ändern: "Stellen Sie sich vor, alle sind freundlich zu sich und zu anderen", schlug Castello vor. Self-Compassion, also "Selbstachtung" oder "Selbstmitgefühl", heißt das Verfahren, um diesen freundlichen Umgang selbst zu lernen. "Das klingt esoterisch, hilft aber", sagte Castello. Nett sein, zu sich selbst und zu anderen, könne ansteckend wirken und am Ende die ganze Schule erfassen.

Mit dem Verfahren gelinge es, "Handwerkszeug zu entwickeln, um sich in Belastungssituationen selbst zu helfen". So könnten Kinder sich fragen: "Wie geht's mir grade?" Und seien sie wütend oder ängstlich geworden, könnten sie in einem "Brief an sich selbst" beschreiben, warum sie sich so verhalten haben. Das solle keinesfalls das Verhalten rechtfertigen, erklärt Castello: "Es geht um die Erkenntnis, was das Verhalten auslöst."

Dazu passend berichtete eine Grundschullehrerin, dass sie in ihrer Klasse das "Kompliment der Woche" als Ritual eingeführt habe. "Sozialen Kompetenzen gilt heute mein Hauptaugenmerk", sagte sie unter dem Beifall der Zuhörenden. Auch Castello lobte diesen Ansatz. Denn auch mit solchen scheinbaren Kleinigkeiten und Ritualen, die nicht allzu viel Zeit und Mühe kosten, sei

"Wir brauchen mehr Zeit und mehr schulisches Personal verschiedener Professionen. Denn Beziehungsarbeit lässt sich nicht nebenbei erledigen." Kerstin Quellmann

eine große Wirkung zu erzielen. Er machte aber auch klar, wo die Grenzen liegen: "Wenn zuhause keine Interaktion und keine Förderung stattfindet, wenn Eltern nicht Eltern sind, kann Schule das nicht auffangen."

Der Bildungstag sollte bereits vor Corona stattfinden, die Pandemie machte einen Strich durch die Rechnung. "Umso toller, dass es nun geklappt hat und dass auch die Resonanz so groß war", sagt Organisatorin Tamara Reichmann Niemann. Spannend und erfreulich sei gewesen, dass der Bildungstag auch Personen erreichte, die bisher nicht Mitglieder der GEW sind, sagt Quellmann. Sie freute sich über viele positive Rückmeldungen: "Auch wenn es teilweise Zweifel gab, wie praxistauglich die Tipps des Referenten sind, fanden die Teilnehmenden es wichtig und richtig, dass wir uns den stillen und ängstlichen Kindern gewidmet haben, die sonst so oft vergessen werden. Das zeigt mir, dass wir mit dem Thema richtig lagen und nah dran sind an den realen Problemen in den Schulen."

Esther Geißlinger, freie Journalistin

Lesetipps:

Schulangst. Pädagogische Förderung im Alltag. Gunnar Brodersen, Armin Castello. In der Reihe Fallbuch Pädagogik, 2022, Kohlhammer Verlag, 978-3-17-039234-2 (ISBN)



Pädagogisches Handeln und schulische Förderung bei internalisierenden Auffälligkeiten. Castello, A. (2023). In Börnert-Ringleb, M., Casale, G., Balt, M. & Herzog, M. (Hrsg.), Lern- und Verhaltensschwierigkeiten in der Schule. Erscheinungsformen, Entwicklungsmodelle und Implikationen für die Praxis. Stuttgart: Kohlhammer. 185-196

Depressivität bei Kindern und Jugendlichen. *Castello, A.* (2021). In A. Castello & G. Brodersen, G., Unterricht und Förderung bei Depressionen – Psychologisches Wissen für Lehrkräfte. Göttingen: Hogrefe.

Hilfestellungen und Tipps für den pädagogischen Alltag



In fünf Workshops wurden verschiedene Herausforderungen, mit denen sich Pädagog*innen im Schulalltag auseinandersetzen müssen, bearbeitet. Subjektiv werden im Folgenden Hilfestellungen und Tipps für den pädagogischen Alltag zusammen gestellt.

Ich schaff's-Programm Adelheid Lücke



Inhalt des Workshops

"Ich schaff's" ist, wenn Menschen ...

- durch die Begegnung auf Augenhöhe den Aufbruch zu neuen Abenteuern wagen,
- · mit Lust am Lernen neue Fähigkeiten entwickeln,
- durch die Konzentration auf Stärken für ihre Ziele ermächtigt werden,
- im gemeinsamen Tun Freude und Zuversicht erleben,
- mit Kraft und Leidenschaft Hindernisse überwinden,
- jeden Alters eine gemeinsame Sprache der Lösungsorientierung sprechen.

(aus der Ankündigung des Workshops)

Kurzbericht

Die Referentin hat durch Fallbeispiele, die jede*r Lehrer*in gut aus der Praxis nachvollziehen konnte, durch das Programm "Ich schaff das" geführt: Problemerkennung, andere Lösungsansätze (statt Sanktionen) suchen, ein "Fest" feiern, wenn das erwünschte Verhalten bei den Schüler*innen erreicht wurde – all das stand im Mittelpunkt des Workshops, inkl. eines kurzen theoretischen Inputs.

Tipps für den pädagogischen Alltag

- Das Klima im Lehrer*innen-Zimmer beeinflusst den Umgang mit "Problemfällen". Nicht herabwürdigend und pauschalisierend über Schüler*innen sprechen.
- Kleine Erfolge bei Schüler*innen erkennen und herausstellen.
- Sanktionen lösen Probleme eher nicht, besser ist es, Schüler*innen beim Erreichen des erwünschten Verhaltens zu unterstützen.
- Kolleg*innen befinden sich oft in einer Problemhypnose. Diese gilt es zu erkennen und zu durchbrechen.

Ohne Eltern geht's nicht.

Zusammenarbeit mit Eltern in der Schule.

Thomas Pletsch



Inhalt des Workshops

Familien, deren Kinder in Schulen als problematisch definiert werden, fühlen sich häufig stigmatisiert, ausgegrenzt und alleingelassen. Oft entwickeln sie ein Selbstbild: "Wir sind mal wie-

der die mit dem schwierigen Kind". Umgekehrt haben Professionelle in Schulen immer wieder den Eindruck, Familien für eine konstruktive Zusammenarbeit nicht erreichen zu können. Eine Dynamik der gegenseitigen Enttäuschungen. Schon seit Jahren werden multifamilientherapeutische Modelle auf die Praxis in Schulen angewendet. Dabei geht es darum, die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule zu stärken und tragfähige Strukturen zu etablieren. (aus der Ankündigung des Workshops)

Kurzbericht

In dem Workshop wurden bewährte und praxistaugliche Möglichkeiten, mit Familien in der Schule zu arbeiten, skizziert. Den größten Eindruck machte das Zitat "Scham ist die Wächterin der Menschenwürde." Die GEW sollte sich dafür einsetzen, dass Elternarbeit und -gespräche Bestandteile der Ausbildung werden bzw. verstärkt werden.

Tipps für den pädagogischen Alltag

- Das Konzept FiSch (Familie in Schule) ist eine gute Möglichkeit, mit belasteten Familien und Schüler*innen umzugehen.
- Bei Gesprächen mit Eltern sollte eine wertschätzende Haltung eingenommen werden.
- Die Grundbedürfnisse von Menschen (Anerkennung, Schutz, Zugehörigkeit, Integrität) anerkennen und wahrnehmen.

Trauma im Kontext Schule *Eric Matern*



Inhalt des Workshops

Traumatisierte Kinder und Jugendliche brauchen Halt und Geborgenheit. Wir leben in ausgeprägt schnelllebigen Zeiten und werden mit einer Vielfalt an Herausforderungen konfrontiert. Dies zieht vielerorts Überforderungen, Ausweichverhalten und auch Extremverhalten nach sich.

In diesem Workshop ging es sowohl um den methodischen Umgang mit dem Ort Schule als "Äußerer Sicherer Ort" als auch um den eigenen Umgang mit erlebten An- und Überforderungen. (aus der Ankündigung des Workshops)

Kurzbericht

Die heutige Dramatik der Situation wurde den Teilnehmer*innen deutlich, als sie "sichere Orte" in ihrer eigenen Kindheit mit denen der aktuellen Kinder und Jugendliche verglichen. Bei traumatisierten Kindern ist es wichtig, mit ihnen einen solchen Ort zu finden. Die Erläuterung von Traumaprozessen war

sehr erhellend, um sie im schulischen Umfeld erkennen zu können. Im Austausch erhielten die Teilnehmer*innen viele Tipps, um mit traumatisierten Schüler*innen besser umgehen zu können. Insgesamt ist eine größere Unterstützung der Pädagog*innen beim Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen nötig. Die GEW sollte entsprechende Fortbildungsveranstaltungen anbieten.

Tipps für den pädagogischen Alltag

- Erkennen, was ein Trauma ist, verständnisvoller Umgang damit.
- Pädagog*innen sollten sich bewusst machen, was "sichere Orte" im "innen" und "außen" bei den Schüler*innen sind (Verlässlichkeit, Rituale, Wertschätzung, Gebäude, Bezugsperson, usw.).
- Rückzugsorte schaffen.
- Der Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen erfordert viel Zeit, einen langen Atem und präventive Arbeit.
- Durchführung eines Schulentwicklungstages, um die vielfältigen Methoden der Traumabewältigung kennenzulernen.
- In vielen Einzelfällen ist professionelle Hilfe nötig.

Resilient bleiben als Lehrkraft Finja Sander



Inhalt des Workshops

Lehrkräfte sind unterschiedlichen äußeren und inneren Anforderungen ausgesetzt und es braucht genügend Ressourcen, diesen Anforderungen gelassen gegenüberzustehen und langfristig in Balance zu bleiben. (aus der Ankündigung des Workshops)

Kurzbericht

In dem Workshop haben die Teilnehmer*innen erfahren, wie sie ihre Resilienz in Bezug auf ihre Ressourcen bewahren können. Sie haben außerdem Vorschläge erhalten, wie sich Resilienz langfristig stärken lässt. Neben den Erkenntnissen für den pädagogischen Alltag gab es auch viele wertvolle Tipps für persönliche Veränderungen, z.B. Perspektive ändern, von Herausforderungen statt von Problemen sprechen, persönliche Triggerpunkte, die Stress produzieren, erkennen. Innere Balance finden durch Ernährung, Bewegung, Hobbies, Entspannung und Humor. Atemtechniken anwenden und Nein sagen können.

Die GEW sollte eine Sammlung der "Anlaufstellen", wo man als Lehrkraft Hilfe bekommt (IQSH-Coaching und Supervision, Adressen Schulpsychologen, usw.) erstellen und veröffentlichen.

Tipps für den pädagogischen Alltag

- Sich abgrenzen gegenüber ungerechtfertigten Ansprüchen, Prioritäten setzen.
- Die eigenen inneren Antreiber erkennen: Perfektionismus, Verantwortlichkeit, Beliebtheit, usw.
- Selbstfürsorge wahren: Trennung von Beruflichem und Privatem, Feierabend gegenüber Eltern und Kollegen*innen kommunizieren. Konkrete Termine vereinbaren. Arbeitszeit zu Hause begrenzen.
- Lärmschutz in Klassenräumen einbauen, Ruheräume für Lehrkräfte schaffen.
- Sich der eigenen Ressourcen bewusst werden, auch in stressigen Situationen.
- Schwierige Entscheidungen nicht sofort treffen, sondern eine

Nacht darüber schlafen und dann dem Gegenüber kommunizieren.

- · Arbeitspausen und Zeitpuffer einbauen.
- Supervision, Unterstützung abholen und sich mit ähnlich gesinnten Kolleg*innen austauschen.
- Aktive Pausen mit Bewegung für Lehrkräfte und Schüler*innen durchführen.
- Unterrichtseinheiten austauschen, eine Materialbörse organisieren.
- Eltern mehr einbinden, Verantwortung teilen.
- Einen Schulentwicklungstag mit dem Thema "Resilient bleiben als Lehrkraft" in der Schule durchführen.

Neue Autorität *Melanie Hubermann*



Inhalt des Workshops

Durch die neue Autorität soll Kindern eine Struktur gegeben werden, die eine bleibende Sicherheit gibt. Durch Präsenz der Bezugspersonen und ihren gewaltfreien Widerstand werden die Struktur und der sichere Hafen für die Kinder erhalten. Es wird nicht mit Distanz und Furcht gearbeitet, sondern mit Nähe und Beziehung; nicht mit sofortiger Bestrafung, sondern mit Deeskalation und Beharrlichkeit. Das Kollegium sieht sich und arbeitet als Unterstützer*innen-Netzwerk, das Sicherheit gibt und somit die persönliche Autorität des Einzelnen stärkt. Jede*r Kollege*in hat ihren eigenen Handlungsspielraum und Wirkungsbereich und alle zusammen handeln nach der gleichen, gemeinsam entwickelten Idee. Die gegenseitige Unterstützung der Kolleg*innen steht dabei im Fokus. (aus der Ankündigung des Workshops)

Kurzbericht

Der Workshop hat dazu beigetragen, die Überzeugung zu bestärken, dass die Beziehungsarbeit mit den Kindern die Grundlage für ein gutes Lernen ist. Teamarbeit ist wichtig und sollte an der Schule praktiziert werden. Das Konzept, das auf den Kernbegriffen "Haltung" und "Kommunikation" basiert, ist pädagogisch äußerst wertvoll, relevant und umsetzbar. Die GEW sollte vergleichbare Fortbildung in ihr Programm aufnehmen.

Tipps für den pädagogischen Alltag

- · Schule ist ein Ort der Gemeinschaft.
- Vorteile der Gemeinschaft sollten genutzt werden.
- · Teamarbeit hilft beim Lösen von Konflikten.
- $\bullet \quad \mathsf{Gemeinsame}\,\mathsf{Absprachen}\,\mathsf{schaffen}\,\mathsf{Klarheit}\,\mathsf{und}\,\mathsf{Transparenz}.$
- Kolleg*innen werden durch das Netzwerk an ihrer Schule gestärkt.

Nähere Informationen zu den Themen der Workshops und zu deren Leiter*innen findet man im Internet, wenn entsprechende Stichwörter eingegeben werden.

> Matthias Heidn, Schriftleiter von "Bildung zwischen den Meeren"

Zusammenstellung auf Grundlage der Rückmeldungen von Teilnehmer*innen an den Workshops: Dana Gora, Marina Griesbach, Christine Holst, Birgit Mills, Michael Noch, Stefanie Rohardt, Katrin Warnke, Maleika Wulff



Lebhafter Austausch an den Tischen des World-Cafés

Schule als Identifikationsraum – Impulse für die bildungs- und gewerkschaftspolitische Arbeit

Vielfältige Diskussionsrunden im World-Café

Ein Herzstück des Bildungstages war die Einladung zum Diskutieren an den Tischen des World-Cafés. Die Teilnehmenden tauschten sich lebhaft zu verschiedenen Themenschwerpunkten aus. Inhaltliche Einstimmung war zunächst der gelungene Vortrag von Prof. Dr. Armin Castello "Pädagogisches Handeln bei Schulangst und Depression". Schnell wurde in den verschiedenen Diskussionsfeldern deutlich, dass der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die ihre emotionale Notlage nicht laut, sondern leise äußern, eine veränderte schulische Umgebung braucht. So entstand an den Tischen eine konstruktive Atmosphäre und es wurden viele Vorschläge für eine "Schule der Zukunft" entwickelt.

Mehr Zeit

In sämtlichen Gruppen wurde ein Aspekt deutlich: Schulpersonal braucht mehr Zeit. Zeit für die Arbeit mit dem Kind, Zeit für Unterrichtsvor- und -nachbereitung, Zeit für Team- und Elterngespräche, Zeit für Austausch – aber auch Zeit für einen Feierabend! Um das zu erreichen, brauchen Schulen ein deutlich breiteres Unterstützungsnetzwerk als es aktuell vorhanden ist. Neben Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und Schulassistenz gehören auch therapeutisches und psychologisches Personal in das multiprofessionelle Team "am Kind". Zusätzlich ist aber auch in den organisatorischen und administrativen Bereichen drin-

gend Entlastung erforderlich: IT-Expert*innen, Dolmetscher*innen, Verwaltungsfachpersonal. Schulleitungen müssen in die Lage versetzt werden, als pädagogische Leitung einer Schule zu arbeiten und dürfen nicht von den Erfordernissen der Digitalisierung und der Bürokratie vereinnahmt werden. Aber auch eine gute psychosoziale Unterstützung von Lehrkräften ist wichtig.

Psychosoziale Unterstützung

Zu diesem Punkt entwickelten die Diskussionsteilnehmer*innen sehr konkrete Vorstellungen. Psychosoziale Beratung und Supervision muss ortsnah und niedrigschwellig sein. Auch die

Möglichkeiten von Online-Formaten wurden diskutiert. Als zentraler Punkt wurde genannt, dass ein solches Beratungsangebot während der Arbeitszeit stattfinden muss – schließlich dient er der Gesunderhaltung der Lehrkräfte. Als Zusatztermin am Nachmittag führt er zu mehr Stress – die außerunterrichtliche Arbeitszeit wird dadurch nicht weniger. Optimal wäre nach Ansicht der Diskutierenden, wenn die Schulleitung verpflichtend für Beratungs- und Supervisionsangebote sorgen müsste. Denn auch das

Unter den momentanen Arbeitsbedingungen geht hohe Qualität nur auf Kosten der Gesundheit der Lehrkräfte.

wurde in dem Vortrag ganz klar: Eine Lehrkraft, die nicht in der Lage ist, sorgsam mit sich selbst umzugehen ("Self-Compassion"), ist auch nicht in der Lage, mitfühlend auf ihre Schüler*innen zu reagieren. Und hier liegt auch nach Meinung der Teilnehmenden ein besonders großes Problem. Sehr aufrüttelnd waren die Berichte von Kolleg*innen aus dem Bereich der beruflichen Bildung: "Unseren Jugendlichen geht es schlecht!" Nach ihrer Einschätzung werde jetzt in der Nach-Coronazeit viel Druck erzeugt, damit die Schüler*innen den versäumten Lernstoff aufholen – mit entsprechendem "studienbasierten" Druck auf die Lehrkräfte (Stichwort IQB-Studie). Die psychosozialen Belastungen von Lehrenden und Lernenden werden dabei außer Acht gelassen. Das hat aber zur Folge, dass weder das Aufholen der Lernlücken gelingt, noch den Bedürfnissen und Befindlichkeiten der Schüler*innen Rechnung getragen wird.

Veränderte Zeitstrukturen

Schließlich ist es keine neue Erkenntnis: Lernen funktioniert nur, wenn der Mensch nicht zu vielen anderen Belastungen ausgesetzt ist. Bei vielen Schüler*innen ist das heute nicht mehr der Fall. Eine gute Schule muss in die Lage versetzt werden, auch auf emotionale Belastungen zu reagieren.

Auch Zeitstrukturen spielen für den schulischen Alltag eine große Rolle. Eine Schule, bestehend nur aus Unterrichtszeit und Nachmittagsbetreuung, wird den Anforderungen nicht gerecht. Neben der Zeit zum Lernen ist auch Zeit für Entspannung und Zeit für lebendiges Miteinander notwendig. Nach der langen Aus-





Tamara Reichmann Niemann und Kerstin Quellmann

nahmesituation durch Corona ist das Nachholen von verpassten sozialen Lernerfahrungen ebenso wichtig, wie das Aufholen von Lernrückständen. Ebenso brauchen Lehrkräfte veränderte Zeitstrukturen, um mit hoher Qualität gesunderhaltend arbeiten zu können. Unter den momentanen Arbeitsbedingungen geht hohe Qualität nur auf Kosten der Gesundheit der Lehrkräfte. Zu viele Arbeitsbereiche befinden sich außerhalb der Unterrichtsverpflichtung.

Veränderte Raumstrukturen

Eine Schule, die vermehrt sozialen und emotionalen Bedürfnissen gerecht werden muss, braucht veränderte Raumstrukturen. Zeitgleiches Lernen am selben Lerngegenstand bei 25 oder mehr Schüler*innen im gleichen Raum, entspricht nicht (mehr) dem, was erforderlich ist. Eine veränderte Unterrichtskultur ist

Die psychosozialen Belastungen von Lehrenden und Lernenden werden außer Acht gelassen.

in den bestehenden Räumlichkeiten jedoch oft schwierig. Es ist mehr Flexibilität erforderlich! Raumgrößen und Raumstrukturen sind auf traditionelle Vorstellungen von Schule und Lernen ausgerichtet. Mobiliar sollte sowohl Präsentationen erlauben, als auch ohne großen Aufwand das Zusammenarbeiten in Gruppen ermöglichen. Für Schüler*innen, die zusätzliche Unterstützung benötigen oder eine reizarme Umgebung zum Lernen brauchen, muss es geeignete räumliche Möglichkeiten geben. Auch die Denkweise, dass Lernen überwiegend in geschlossenen Räumen stattfindet, ist überholt. Somit muss auch das Schulgelände attraktiv gestaltet sein und Lernerfahrungen ermöglichen.

Für diese Veränderungen will sich die GEW gemeinsam mit euch weiter einsetzen. Denn wir sind überzeugt: Es kann gelingen, dass Schule mehr als ein reiner Lernort ist – Schule wird so zum Identifikationsraum.

Kerstin Quellmann, Vorsitzende der GEW-Fachgruppe Sonderpädagogik Tamara Reichmann Niemann Vorsitzende der GEW-Fachgruppe Grundschulen

Plattdüütsch in'n Bundsdag

En Glanzlicht mit Ünnerhollensweert un de Stenografen kemen bannig in Sweet

onnerwedder, in 't hohe Huus in 'n Rieksdag in Berlin woor Begünn Mart Plattdüütsch snackt! Woans kunn sik dat begeven, dat Politikers ut heel Düütschland, sünnerlich ut den Noorden, in unse Spraak debatteren wullen? Vör 25 Johren harr de Europaraat de Europääsche Charta för de Regionaal- or Minnerheitenspraken in Kraft sett. För Düütschland steiht dor binnen, dat de Bundslänner nich blot dat Nedderdüütsche, sünnern ok Däänsch. Freesch, Soorbsch un Romanes föddern un schulen wüllt. Dat höört sik goot an. Man wat is na 'n Veertejohrhunnert dorbi rutsuert?

Klaus Groth harr dor ok Spaaß an hatt: Min Modersprak, wa klingst du schön! Wa büst du mi vertrut! Weer ok min Hart as Stahl un Steen, Du drevst den Stolt herut.

Orrig wat! In de Landsverfaten vun Sleswig-Holsteen heet dat in de Artikels 12 un 13: "(6) Dat Land höllt de Hand över un föddert den freeschen un nedderdüütschen Ünnerricht in de öffentlichen Scholen. (7) Dat Negere regelt en Gesetz. (2) Dat Land wahrt de Nedderdüütsche Spraak un bringt ehr ok vöran." Siet 2019 gellt de Minister-Order "Nedderdüütsch in de School". De is plichtig för all Scholen in 't Land. De Ministerin wiest an: "An allen Schulen in Schleswig-Holstein muss das Niederdeutsche ein durchgängiges Unterrichtsprinzip in allen Klassen sein. Hierfür tragen Schulaufsichtsbehörden und Schulleitungen eine besondere Verantwortung." An 46 Modellscholen arbeidt wunnerbore Kolleginnen un Kollegen in Grundscholen un Sek. I regelmatig mit de Kinner. Mit dat Lehrbook Paul un Emma un ehr Frünnen hebbt Schölers un Schoolmeisters grote Freud in 'n Plattdüütsch-Ünnericht. Dat Nettwark mit IQSH (Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen S-H) un Scholen arbeidt eng tosamen; dat gifft en ganze Reeg vun Lehrerwiederbillen un eenmal in 't Johr en Landsfackdag Nedderdüütsch, wo man sik dröppt un uttuuscht. Düütsch-Lehramtsstudenten an de Universität Flensborg mööt obligatoorsch en Semester Plattdüütsch studeren. Bi den Leeswettstriet "Schölers leest Platt" maken hunnerte Kinner in 't Land begeistert mit. Wo köönt wi beter dat Saatkoorn för Plattdüütsch inplanten as in de School?

Man nich blot in de Scholen beweegt sik wat. De Landsregeren in Kiel hett sik

"Handlungsplan Sprachenpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Kontext von Regional- oder Minderheitensprachen" veel vörnahmen. De SHHB (Schleswig-Holsteinische Heimatbund)

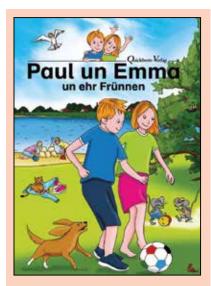
> und de Plattdüütschraat sett sik unuphöörlich bi Institutschonen, in Politik un Sellschop för unse Spraak in. Dat Nedderdüütschsekretariat arbeidt överregional in all Bundslänner, wo Plattdüütsch snackt warrt.

Ganz bannig wichtig is uns dat Projekt "Funklock stoppen". Wi mööt veel mehr in 't Apenwesen to sehn un to hören wesen. "Höör mal `n beten to" un "Vun Binnenland un Waterkant" sünd wunnerbor, aver veel to wenig. Wat wi bruken sünd Narichten, Bidrääg över Politik, Sellschop, Wetenschop, Kultur un Sport in 't regionale Radio, Feernsehn un de Printmedien, jüst so as op Hoochdüütsch. In anner Länner (Wales, Spanien, Nedderlannen, Sweden) gifft dat düsse Medien al lang. Sogor in Düütschland, de Sorben in 'e Lausitz hebbt bi RBB un MDR mit den Soorbschen Rundfunk regelmatig Sennen op Soorbsch. Uns Droom is en egen Senner för Plattdüütsch, villicht ok mit de annern Minnerheitenspraken tosamen. Do mutt de NDR in Gang kamen. De eerste Schritt in de richtige polietsche Richt is daan: An'n 22.03.2023, hett de Sleswig-Holsteensche Landdag beslaten, dat de Lanneshuusholt för dat twete Halvjohr 2023 en Redakschoon mööglich maken warrt, de jüst düsse Arbeit leisten schall.

Un dorto gifft dat noch so veel anner Lüüd un Institutschonen, de sik för unse Spraak insetten doot: De beiden Zentren för Nedderdüütsch in Leck un Mölln, all de Krinks, de sik to 'n Snacken drepen, de Theaterverenen, de Fehrs-Gill un de Quickborn-Verenigen, de Klaus-Groth-Sellschop, de sik üm de Literatur kümmert, dat Lännerzentrum för Nedderdüütsch un dat Institut för nedderdüütsche Spraak in Bremen. Ja, uns plattdüütsche Spraak leevt. Se is nich mehr so dagdääglich to hören as fröher, aver ik bün heel towersichtlich för de Tokumst. Man dat gifft noch veel to doon.

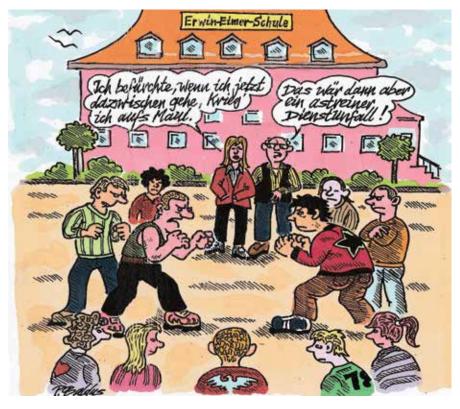
"Plattdüütsch is en Spraak, de snackt man mitenanner, unafhängig dorvun, ut welke Frakschoon man kümmt oder welke politische Instellen man hett", see Gyde Jensen, Afordente in 'n Bundsdag ut Sleswig-Holsteen, in de Fier-Sitten an 'n 2. Mart 2023. Ok wenn nich all Politikers de Reden op Däänsch, Freesch, Soorbsch un Plattdüütsch verstahn hebbt un de Stenografen bannig in Sweet kamen sünd, dat weer en Glanzlicht mit Ünnerhollensweert un en Warven för uns Spraken.

> Günther Wehmeier Senior-Plattdüütsch-Schoolmeister Erich Kästner School Rellingen



Unterrichtsmaterial:

Paul un Emma un ehr Frünnen (Quickborn-Verlag), Wörterbuch SASS (digital), De Finnvoss (Quickborn-Verlag)



Ist das ein Dienstunfall?

Auf dem Lehrerfest tanzen wir Rock "n" Roll, aber mein Kollege beherrscht Führungsund Auffangtechnik überhaupt nicht: Nach einer wilden Drehung lande ich in den Kulissen.
"Bleib liegen, bleib bloß liegen!", schreit meine
Freundin. "Das ist ein Dienstunfall!" Dienstunfall oder nicht? Die Entscheidung kann sich bei
anschließender Dienstunfähigkeit empfindlich
auf die Höhe der Pension auswirken. Das wusste ich damals nicht, sonst wäre ich natürlich
bis zum Eintreffen der Rettungssanitäter liegen geblieben. So schüttelte ich mich kurz und

tanzte weiter, allerdings mit einem kompetenteren Herrn. Dienstunfall oder nicht? Das ist manchmal schwer zu entscheiden. Hier folgt ein Quiz für alle Lebenslagen. Im Zweifel bitte den Personalrat konsultieren!

1) Du bist auf dem Weg in die Schule. Voll beladen bis obenhin. Leider siehst du in eurem Mehrfamilienhaus die letzte Treppenstufe und den grinsenden Nachbarjungen nicht, der dir ein Bein stellt. Du stürzt und brichst dir das Handgelenk.

- 2) Auf der Schultoilette klemmst du dir an der schweren Stahltür den Zeigefinger. Du kannst monatelang im Musikunterricht nicht mehr Gitarre spielen.
- 3) Du bist mit deiner 10. Klasse auf großer Fahrt. Gegen jede pädagogische Vernunft besucht ihr ein bayerisches Bierzelt. Um die lieben Kleinen im Blick zu haben, erklimmst du eine der Bänke. 0,2 l Bier hast du erlaubt, mehr nicht. Als Schülerin Clementine aufsteht, kippt die Bank. Du fällst und brichst dir das linke Bein.
- **4)** Du bist Ende 50 und tanzt mit deiner AG immer noch Internationale Folklore. Bei einem bulgarischen Kreuzschritt verdrehst du dein Knie, der Meniskus jault auf. Mit schmerzverzerrtem Gesicht sprichst du bei deinem Orthopäden vor. Was meint das Amt?
- **5)** Der übervolle Papierkorb ist umgefallen und rollt durchs Klassenzimmer. Mit einem geschickten Tritt willst du ihn wieder in die Senkrechte bringen. Leider verlierst du das Gleichgewicht und brichst dir das rechte Bein.
- **6)** Statt Gruselwichteln und Gänsebraten lädt der Schulleiter zum Weihnachtsbowling. Unsportlich, wie du bist, fällst du mit der Bowlingkugel neben die Bahn und verstauchst dir den großen Zeh.
- 7) Du willst dich vom nervigen Musikunterricht in der 7 b erholen und verbringst deine Freistunde nebenan auf dem ruhigen Friedhof. Du greifst in deine Schultertasche, um dein Obstmesser rauszuholen. Apfelsinenessen beruhigt dich immer ungemein. Leider fasst du in das Messer und verletzt dich böse.

Hier die Lösungen (Ich übernehme keinerlei Garantie für die Richtigkeit! Je nach Bundesland und Unfallkasse kann es zu unterschiedlichen Auffassungen kommen.)

- 1) Kein Dienstunfall. Erst, wenn dir der Nachbarjunge vor dem Haus ein Bein stellt, wäre es einer. Du kannst das kleine Miststück allerdings verprügeln, wenn kein Zeuge in der Nähe ist. Sonst greift das Straf- und Disziplinarrecht.
- **2)** Kein Dienstunfall. Der Weg zum Klo ist zwar versichert, der Aufenthalt in selbigem ist aber dein Privatvergnügen.
- 3) Dienstunfall. Du hast die lieben Kleinen schließlich auf einer Klassenfahrt beaufsichtigen müssen.

Und es handelt sich um ein "von außen auf den Körper wirkendes Ereignis"…

- 4) Oh nein, das ist doch kein Dienstunfall, sondern eine im Körper liegende Ursache! In deinem Alter sind Verkalkungen und Abnutzungserscheinungen ganz normal, zumal du 15 Kilo Übergewicht hast. Dein Meniskus hätte auch bei jeder anderen Gelegenheit aufjaulen können.
- 5) Dienstunfall. Es sei denn, in den beizubringenden Unterlagen deines Hausarztes steht, dass dein Fußballerbein schon häufiger Schaden genommen hat.
- **6)** Da es sich bei dieser Weihnachtsfeier um eine Dienstveranstaltung handelt, ist dein Sturz ein Dienstunfall!

- 7) Kein Dienstunfall, schließlich gehst du privat außerhalb der Schule spazieren. Und in dein Obstmesser hättest du auch zu jedem anderen Zeitpunkt fassen können.
- **0 1 richtig:** Du hast dir anscheinend noch nie sinnvolle Gedanken gemacht, wie man dem Schuldienst entrinnen kann.
- **2 6 richtig:** Du verfügst über gute Grundkenntnisse. Bei etwas mehr Eifer reicht das für eine Funktionsstelle.

7 richtig: Du wirst vom Schuldienst befreit und Ehrenmitglied im Hauptpersonalrat!

Gabriele Frydrych, früher Lehrerin an Berliner Brennpunktschulen, Autorin von Glossen aus dem Schulalltag

Schleswig-Holstein knapp über dem Relegationsplatz

Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler

Was fällt auf?

- 1. SH rangiert insgesamt auf dem viertletzten Platz, wenn die Ausgaben für alle Schularten addiert werden. Nur Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz geben weniger Geld pro Schüler*in aus. Bei den allgemeinbildenden Schularten belegt SH den neunten Platz (von 16), bei den Berufsbildenden Schulen ist unser Bundesland auf Platz 8.
- 2. Durchschnittlich sind die Ausgaben in Deutschland um rund 500 € gestiegen. SH hat in 2021 zugelegt, kommt aber beim Aufholen nicht voran. Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt gibt SH über alle Schularten gerechnet 600 Euro pro Schüler*in weniger aus.
- 3. Beim Vergleich muss die unterschiedliche Situation in den einzelnen Ländern beachtet werden.

Das Statistische Bundesamt merkt dazu an: "Bei einem Ausgabenvergleich zwischen den Bundesländern ist jedoch zu beachten, dass sich nicht nur die Schulstruktur und das Unterrichtsangebot in den einzelnen Ländern unterscheiden, sondern auch Unterschiede hinsichtlich Schüler-Lehrer-Relationen, Besoldungsstruktur oder Gebäudemanagement vorliegen."

Was sagt das Statistische **Bundesamt noch?**

Die Ausgaben sind je nach Schulart im Bundesdurchschnitt unterschiedlich hoch: An Grundschulen lagen sie bei 8.000 €, an Gymnasien bei 10.200 € und an Integrierten Gesamtschulen bei 10.900 €n. Die Ausgaben in SH liegen mit 7.800, 8.800 und 10.400 € jeweils unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Die Ausgaben im Berufsbildenden Bereich lagen deutlich niedriger: Im Bundesschnitt lagen sie bei 6.400 €, in SH bei 6.300 €. Die geringeren Ausgaben liegen im Wesentlichen an der Teilzeitbeschulung der Schüler*innen in der dualen Ausbildung.

Aufgeteilt nach den Arten der Ausgaben entfielen 7.000 € auf Personalausgaben, 1.300 € auf den laufenden Sachaufwand und 900 € auf Investitionen. Insbesondere bei den

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes (veröffentlicht am 3. März 2023) zeigen, dass Schleswig-Holstein (SH) bei den Ausgaben je Schüler*in an den öffentlichen Schulen nur langsam vorankommt:

	Alle Schularten (in €)*	Allgemeinbildende Schulen (in €)*	Berufsbildende Schulen (in €)*
Berlin	13.300	14.200	9.000
Hamburg	11.700	12.900	7.300
Bayern	10.500	11.500	7.000
Bremen	9.600	10.900	6.100
Thüringen	9.500	9.900	7.900
Deutschland	9.200	9.900	6.400
Brandenburg	9.000	9.500	6.200
Hessen	9.000	9.600	6.500
Baden-Württember	g 8.800	9.400	7.100
Niedersachsen	8.700	9.600	5.700
Sachsen	8.700	9.200	6.400
Sachsen-Anhalt	8.600	9.200	5.700
Schleswig-Holstein	8.600	9.400	6.300
Rheinland-Pfalz	8.500	9.200	5.900
Saarland	8.400	9.300	5.700
Nordrhein-Westfale	n 8.300	9.000	5.700

Quelle: Bildungsausgaben – Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2021 (Statistisches Bundesamt, 2023, www.destatis.de)

letzten beiden Ausgaben war die Steigerung überdurchschnittlich. In SH stiegen die Investitionen um 16 %, die laufenden Sachausgaben um 9 %, die Personalausgaben gerade mal um 3%

Das sagt die GEW

Seit Jahren hinkt unser Bundesland bei den Bildungsausgaben hinterher. Ist das nur eine Zahl? Nein, das bedeutet ganz konkret: größere Klassen, weniger Unterricht, weniger Gehalt, mehr Arbeit für die Beschäftigten, weniger Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Es ist nicht zu bestreiten: die Bildungsausgaben wurden im Vergleich zum Vorjahr gesteigert, aber geringer als in vielen anderen Bundesländern. Von einem Wumms, von deutlich zusätzlichem Personal, um die Corona-Folgen zu bewältigen, ist nichts zu spüren. Aber mehr als deutlich wird: Bildung steht in Schleswig-Holstein im Haushalt im Vergleich zu anderen Bundesländern immer noch hinten an. Das Schulsystem ist weiterhin stark unterfinanziert, andere Bundesländer geben deutlich mehr Geld für die Schulbildung aus.

Alle Parteien sind deshalb aufgefordert, diese Situation zu erkennen und entsprechende Veränderungen bei den kommenden Haushalten vorzusehen. Immer noch ist bei den politischen Akteuren viel zu wenig im Bewusstsein, dass Bildungsausgaben Investitionen in die Zukunft sind.

> Astrid Henke. GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn, Leiter der AG Bildungsfinanzierung

^{*} Die Ausgaben enthalten die Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge und Beihilfeaufwendungen für aktive verbeamtete Lehrkräfte), den laufenden Sachaufwand sowie die Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet. Vorläufige Ergebnisse.

Tarifrunde Bund und Kommunen 2023

Allein in Schleswig-Holstein streikten über 4.000 Beschäftigte von Bund und Kommunen.

 ${f Z}$ um Zeitpunkt des Redaktionsschlusses läuft die Schlichtung im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Am Ende der dritten Verhandlungsrunde erklärten die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert. Daraufhin haben die Arbeitgeber von ihrem Recht Gebrauch gemacht und die Schlichtung angerufen.

Obwohl es in den Verhandlungen Bewegung gegeben hatte, gab es am Ende nicht über-

> Die bundesweiten Warnstreiks zeigen wie groß der Druck ist.

brückbare Gegensätze. Das wichtigste Ziel der Gewerkschaften, ein hoher Mindestbetrag für die Beschäftigten, der dafür sorgt, dass die Gehälter mit der Inflation Schritt halten, war nicht zu erreichen. Dafür lagen die Positionen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zu weit auseinander.

Nun gibt es mit der Schlichtung einen letzten Versuch, noch zu einer einvernehmlichen Lösung des Tarifkonfliktes und zu einem guten Ergebnis zu kommen. Die bundesweiten Warnstreiks haben im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde sehr deutlich gemacht, wie groß der Druck ist. Die Beschäftigten erwarten einen Tarifabschluss, der angesichts der hohen Inflation die dringend benötigte finanzielle Entlastung bringt.

Auch in Schleswig-Holstein legten am Freitag, 24. März, mehr als 4.000 Beschäftigte von Bund und Kommunen die Arbeit nieder. An den Warnstreiks von ver.di und GEW beteiligten sich allein in Kiel rund 2.400 Beschäftigte, darunter auch wieder zahlreiche Beschäftigte aus kommunalen Kindertagesstätten, der Schulsozialarbeit sowie dem übrigen kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. In Rendsburg nahmen rund 200 Beschäftigte an einer GEW-Streikaktion teil. Nach einer Demonstration durch die Rendsburger Innenstadt fand eine Abschlusskundgebung mit der GEW-Landesvorsitzenden Astrid Henke vor dem Rathaus statt.

Bei den Aktionen wurde sehr deutlich, dass die Beschäftigten zu weiteren Streiks bereit sind, wenn die Arbeitgeber einen vernünfti-

gen Tarifabschluss blockieren. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeitgeber die Zeit der Schlichtung nutzen und ihren Widerstand gegen einen sozialen und guten Tarifabschluss endlich aufgeben.

Aktuelle Informationen zu den Tarifverhandlungen gibt es unter www.gew-sh.de/tarifrunde.

> Philipp Westphal, GEW-Referent für Tarifarbeit



Eine kleine Anekdote

ir wussten am 7. März, dass wir am nächsten Tag streiken wollten. In meiner Einrichtung wurden die Eltern gebeten, die Kinder am 8. März zu Hause zu behalten. Wir dachten, dass es eine gute Idee wäre, den Kindern zu erklären, warum sie am nächsten Tag eventuell zu Hause bleiben. Also haben wir einen Gesprächskreis gebildet und ich habe den Kindern erklärt, dass ich morgen zusammen mit zwei anderen Kolleginnen streike und sie deswegen vielleicht zu Hause bleiben müssen. Ich habe erzählt, dass unsere Arbeit viele Aufgaben beinhaltet: wir müssen den Kindern verschiedene Angebote machen, damit sie nicht nur etwas Tolles zum Spielen haben, sondern auch dabei Neues lernen können; dass ich auf sie aufpassen muss, damit nichts passiert; dass ich Ausflüge organisiere; mit ihren Eltern, der Schule und manchmal sogar mit den Ärzten rede, usw. Und dass unsere Gewerkschaft dafür ist, dass wir dafür mehr Geld bekommen. Die Menschen, die uns diese Arbeit gegeben

haben und von uns erwarten, dass wir alles richtig machen, wollen uns aber nicht besser bezahlen.

Zuerst kam die Frage, was eine Gewerkschaft ist. Das habe ich als eine Gemeinschaft, als Mannschaft erklärt, wo alle mit und füreinander da sind. Dann kam die Frage, warum denn die Arbeitgeber uns nicht mehr Geld geben wollen. Meine Antwort auf diese Frage war, dass sie denken, dass wir schon genug verdienen. Daraufhin sagte ein Junge, der eigentlich selten zuhört und bisher nicht als sehr empathisch galt, "Maria, aber dann müssen wir Kinder zu diesen Menschen gehen und ihnen sagen, dass ihr viel arbeitet und mehr Geld braucht." Das zu hören, hat mich sehr berührt. Später, als ich seiner Mutter davon erzählte, sagte er noch mal "Ich bin doch auch immer für dich da, Maria." Und nach einer kurzen Pause "wie du für mich".

> Erzieherin an einer kommunalen KiTa (Name der Redaktion bekannt)

Landesdelegiertenversammlung 2023

Die 44. Landesdelegiertenversammlung der GEW Schleswig-Holstein wird einberufen für den 29. November bis 1. Dezember 2023 nach Weissenhäuser Strand.

Die Landesdelegiertenversammlung setzt sich zusammen aus:

- 1. den 100 Delegierten der Kreisverbände
- 2. je 2 Delegierten der Fachgruppen
- 3. je 1 Delegierten der Ausschüsse
- 4. je 1 Delegierten der Kommissionen
- 5. den Mitgliedern des Landesvorstandes

Die Delegierten müssen bis zum 08.09.2023 an die Landesgeschäftsstelle gemeldet werden. Laut § 7 Abs. 3 der Satzung des Landesverbandes sollen die Sitze der Delegierten entsprechend der Mitgliedschaft auf Frauen und Männer entfallen. Dabei ist anzustreben, junge Mitglieder und Mitglieder der außerschulischen Bereiche entsprechend ihrem Anteil in der Mitgliedschaft zu berücksichtigen.

2. Wahlen

Es sind zu wählen:

2.1. die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes:

- Landesvorsitzende*r
- 2 stellvertretende Landesvorsitzende
- Landesschatzmeister*in
- Vorstandsbereich Bildungspolitik
- Vorstandsbereich Beamtenpolitik
- Vorstandsbereich Tarifpolitik
- Vorstandsbereich Kinder- und Jugendhilfe
- Vorstandsbereich Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Vorstandsbereich Berufliche Bildung
- Vorstandsbereich Hochschule und Forschung
- Leiter*in der Landesstelle für Rechtsschutz
- Schriftleiter*in der Mitgliederzeitschrift

Für die oben genannten Aufgabenbereiche kann jeweils auch ein Leitungsteam von bis zu drei Personen gewählt werden.

2.2 die Mitglieder der Landesschiedskommission:

- 3 ständige Mitglieder
- 3 stellvertretende Mitglieder

Wählbar sind nur Mitglieder, die der GEW am Tage der Wahl mindestens drei Jahre als Mitglied angehören. Sie dürfen mit Annahme ihrer Wahl nicht mehr Mitglied von GEW-Organen sein.

2.3 Delegierte zum Gewerkschaftstag 2025

3. Wahlvorschläge

Wahlvorschläge sind bis zum 08.09.2023 an die GEW-Landesgeschäftsstelle, Legienstraße 22, 24103 Kiel, info@gew-sh.de zu richten. Vorschlagsberechtigt sind die Kreisverbände, Fachgruppen und Ausschüsse. Dem Wahlvorschlag muss die schriftliche Einverständniserklärung der/des Vorgeschlagenen beigefügt werden.

4. Anträge

Antragsberechtigt sind: der Landeshauptausschuss, der Landesvorstand, die Kreisverbände, die Fachgruppen, die Ausschüsse und die Kommissionen.

Frist für die Einreichung von Anträgen zur Änderung der Satzung des Landesverbandes und allgemeinen Anträgen: 29.09.2023

Die Anträge sind an die GEW-Landesgeschäftsstelle, Legienstraße 22, 24103 Kiel, info@gew-sh.de zu richten.

Astrid Henke Landesvorsitzende

Dir stinkt, was bildungspolitisch in Schleswig-Holstein läuft?

Du hast zwar kaum noch Kapazitäten, aber Lust und Interesse, dich für bessere Lehr- und Lernbedingungen zu engagieren?

Bring dein WISSEN

deine TALENTE

und deine INHALTE

in die **GEW** ein!

Auf der Landesdelegiertenversammlung im Dezember wird gewählt. Das bietet dir der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV):

- Du darfst sagen, was in der Bildungspolitik falsch läuft.
- Du erfährst vor allen anderen, was bildungspolitisch geplant ist.
- Du hast Gelegenheit, Stellung zu nehmen und zu diskutieren.
- Du entscheidest mit, in welche Richtung sich deine GEW bewegt.
- Du bringst deine Inhalte auf die Tagesordnung



Willst du mehr wissen über die Vorstandsbereiche? Infos und Kontaktdaten findest du hier: www.gew-sh.de/landesvorstand (gew-sh.de)

Katja Coordes, Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende

Plötzlich viral – René Freibergs Reaktion auf die SWK Vorschläge

Bisher über 52.000 Klicks für das Video auf YouTube



René Freiberg

R ené Freiberg ist Gymnasiallehrer in Kiel und GEW-Mitglied. Am 1. Februar lädt er seine Reaktion auf die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) zum Lehrkräftemangel bei YouTube hoch. Über 52.000 Mal wurde das Video bisher geklickt. Wir haben mit ihm über das Video und seine Vorschläge gesprochen.

Wieso hast du dich entschieden, mit einem Video auf die Vorschläge der SWK zu reagie-

Die Vorschläge der SWK sind in meinen Augen in vielen Teilen nicht geeignet, den Lehrkräftemangel langfristig anzugehen. Da ich in vielen Punkten das Gegenteil der notwendigen Maßnahmen sah, z.B. bei der Klassengröße, hielt ich es für richtig, auf die Vorschläge zu reagieren. Im Bestfall sollte das Video eine Diskussionsgrundlage bieten, sodass die vielfältigen Vorschläge von Lehrer*innen an Sichtbarkeit gewinnen.

Wie hat dein Kollegium reagiert? Wirst du von Schüler*innen auf das Video angesprochen?

Mein Schulleiter fragte mich, was ich mit dem Video erreichen wollte. Ich sagte ihm, dass es gut wäre, wenn wir als junge Lehrer unsere Meinung öffentlich äußern, und wenn dadurch ein gewisser Austausch und eine Reichweite entstehen. Mit einem solchem Klickverlauf habe ich aber nicht gerechnet. Von meinen Kolleg*innen erhielt ich viel Zuspruch. Auch mit meinen Schüler*innen habe ich kurz gesprochen, da ich das Video über den YouTube-Kanal veröffentlichte, auf dem ich auch für sie zugängliche Erklärvideos hochlade. Mir war wichtig, dass sie im Bilde sind, dass ich dieses Video als Privatperson veröffentlicht habe und nicht, um sie politisch zu beeinflussen. Einige Schüler*innen haben mich dann auf meinen "Fame" angesprochen. Das war recht amüsant, weil sie und ich wissen, dass die Klickzahl noch sehr weit weg von der großen Reichweite ist, die dieser Begriff beschreibt.

Was ärgert dich bei der Diskussion um den Lehrkräftemanael?

Ich finde es vor allem schade, dass die Lehrkräfte aus den Bereichen, in denen der Mangel besonders groß ist (MINT, Grundschule, Gemeinschaftsschule) nicht gehört werden. Seit mehreren Jahrzehnten sagen Lehrkräfte, was passieren muss, damit der Job attraktiver wird. Die SWK-Vorschläge waren aus meiner Sicht ein Schlag ins Gesicht für alle, die seit Jahren die Umstrukturierungen auf ihren Schultern tragen, die Mehrarbeit auf sich nehmen, um ein wenig mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Dass diese nun eventuell mehr arbeiten sollen, weniger Teilzeitmöglichkeiten haben oder später in Pension gehen sollten, ist aus meiner Sicht der falsche Ansatzpunkt.

Du bist Physik- und Mathelehrer. Wie können mehr Lehrkräfte für die MINT-Fächer gewonnen werden?

Insgesamt sollte dringend an der Attraktivität des MINT-Bereichs gearbeitet werden. Dies bedeutet Unterstützung bei Fachtagen und Exkursionen. Die Arbeit mit Kooperationspartnern aus Universität und Wirtschaft, die erweiterte Einblicke bieten können, ist ebenfalls sinnvoll. Ein wesentliches Ziel muss es sein, die Abbruchquoten im Studium zu reduzieren. Referendariats- oder Arbeitsplatzgarantien in der Form "Wir unterstützen dich im Studium, wenn du dich verpflichtest mehrere Jahre als Lehrer an dieser bestimmten Stelle zu arbeiten", wären ebenfalls denkbare Mittel. Man sollte auch über befristete Zusatzzahlungen für diejenigen MINTler nachdenken, die ihr Referendariat oder sogar eine Planstelle "auf dem Land" antreten.

In deinem Video machst du konkrete Vorschläge, wie dem Lehrkräftemangel entge-

gengewirkt werden kann. Digitale Hilfsmittel sind ein Punkt, den du nennst. Welche digitalen Werkzeuge könnten entlasten?

Ein Werkzeug, das mir vorschwebt, ist das digitale Klassenbuch. Wenn ich es zum Anfang der Stunde öffne, sehe ich direkt den Sitzplan und eine Auflistung der fehlenden Schüler*innen. Die Krankmeldungen werden digital eingetragen und Fehlzeiten automatisch aufsummiert. Das Kind, das krankgemeldet war, erhält beim Einloggen in sein Schulkonto eine Warnmeldung, die auf die fehlende Entschuldigung aufmerksam macht, und kann diese anschließend hochladen. So wird Verwaltungsaufwand reduziert. Zusätzlich wäre ein vom Land bereitgestelltes Notenprogramm toll. Hierbei könnte jede*r selbst entscheiden, wie genau bewertet wird. Beim Klick auf einzelne Schüler*innen könnten Leistungsverläufe veranschaulicht werden. Zu einem Themenfeld bereitgestellte Tests könnten Aufschluss darüber geben, wie sich ein*e Schüler*in beispielsweise im mathematischen Kommunizieren allgemein oder im Vergleich zu einem vergangenen Test schlägt. Langfristig könnte die Qualität des Unterrichts gesteigert werden, da eine Lehrkraft mehr Informationen erhält und somit andere Konsequenzen für das unterrichtliche Handeln ziehen kann.

Am Ende bringt jedes digitale Hilfsmittel auch die Gefahr mit sich, dass die vermeintliche Entlastung und Zeitersparnis ins Gegenteil umschlägt. Dies war beispielsweise bei der E-Mail der Fall. Es ist also Vorsicht geboten und zu prüfen, ob und wie ein digitales Hilfsmittel tatsächlich hilft.

Interviewerin: Susanne Melchior, GEW-Referentin für den Organisationsbereich Schule



ehrkräfte aus allen Schularten kamen am 7. März im Gewerkschaftshaus in Flensburg zusammen, um sich über die gestiegene Arbeitsbelastung an den Schulen auszutauschen. Franziska Hense war als stellvertretende Vorsitzende der GEW Schleswig-Holstein gekommen, um sich die Sorgen der Kolleg*innen anzuhören. Die Vorschläge der Kultusministerkonferenz zur Lösung des Lehrkräftemangels hatten großes Entsetzen ausgelöst. Einhellig machten die Teilnehmer*innen deutlich, dass eine weitere Belastung von Lehrkräften auf Kosten der Gesundheit von Lehrer*innen gehen würde. Schon jetzt sei die Arbeitsbelastung zu hoch. Immer häufiger erkrankten Lehrkräfte auch länger, weil sie total erschöpft seien. Sie müssten dann von den anderen vertreten werden, die wiederum zusätzlich belastet würden. Alle waren sich einig, schon jetzt geht es so nicht! Die Belastungen an den Schularten sind unterschiedlich, aber überall sind die Kolleg*innen längst über das erträgliche Maß hinaus belastet.

Wo sind die Probleme?

Zu große Klassen, große Heterogenität, DAZ-Unterstützungsbedarf, zu wenig Personal, Corona-Nachholbedarfe, Absentismus, usw. haben die Arbeitssituation besonders verschärft. Zunehmend gäbe es Schüler*innen, denen grundlegende soziale Kompetenzen fehlen. Das führe zu immer mehr Gesprächen mit außerschulischen Institutionen und Eltern. Auch der Absprachebedarf mit Kolleg*innen habe dadurch stark zugenommen. Diese Zeit fehle dann bei Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Auch der Verwaltungsaufwand durch Lern- und Förderpläne, Absentismuslisten, neues LRS-Verfahren usw., habe stark zugenommen. Außerdem sei keine Arbeitsentlastung durch die Digitalisierung zu spüren. Im Gegenteil belaste dies zurzeit zusätzlich!

Teilzeitkräfte trifft es besonders

Besonders betroffen sind Teilzeitkräfte. Sie fragen sich, warum sie ein kleineres Gehalt in Kauf nehmen, aber trotzdem weit mehr über ihre bezahlte Arbeitszeit hinaus leisten müssen. Schulleitungen sind in der schwierigen Situation, dass sie Vollzeitkräfte nicht weiter belasten können und auf der anderen Seite den Teilzeiterlass zu beachten haben.

Was macht das Ministerium?

Die anwesenden Lehrkräfte vemuteten, dass man im Ministerium entweder die Situation an den Schulen nicht kennt, oder aber die Augen davor verschließt und in Kauf nimmt,



Noch eine Schippe drauflegen – das geht gar nicht!

Treffen im GEW-Kreisverband Flensburg

dass Lehrkräfte auf Kosten ihrer Gesundheit überbelastet werden. Alle waren sich einig: So geht es nicht weiter! Und noch eine Schippe drauflegen – das geht gar nicht!

Es muss andere Möglichkeiten geben, dem Lehrkräftemangel zu begegnen. Eine weitere Belastung der Lehrkräfte kann nicht die Lösung sein. Der Lehrkräftemangel war absehbar, die GEW weist seit Jahren darauf hin, aber man wollte es nicht sehen. Die Lehrkräfte können nicht die Suppe auslöffeln.

Was muss getan werden?

Kolleg*innen berichteten, dass Praktikant*innen sich aufgrund der schlechten Situation an den Schulen entscheiden, doch lieber einen anderen Beruf zu wählen. Aber gerade die jungen Menschen sollen sich doch für diesen eigentlich schönen Beruf begeistern. Wir werden sie in den nächsten Jahren brauchen. Da hilft nur Eines: Die Arbeitsbedingungen müssen attraktiver werden, damit wir nicht über Jahrzehnte einen gravierenden Mangel an Lehrkräften haben werden.

Einig waren sich alle, dass die Forderungen der GEW nach Pflichtstundenermäßigung, mehr Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden, mindestens eine Entlastungsstunde

für Klassenlehrer*innen jetzt kommen müssen. Es soll wohl auch einen Brief von Personalversammlungen vieler Flensburger Schulen an den Hauptpersonalrat gegeben haben, in dem auf die Situation hingewiesen wurde. Der HPR(L) wird sicherlich mit den Verantwortlichen im Ministerium sprechen. Das Ministerium sollte die Sorgen der Kolleg*innen ernst nehmen und nicht als Jammern abtun!

Den Kolleg*innen in Flensburg war durchaus bewusst, dass die Situation in anderen Landesteilen noch schwieriger ist. Umso mehr muss jetzt etwas passieren!

Wie unterstützt die GEW?

In der nächsten Zeit soll in Personalversammlungen, über die Personalräte und in GEW-Aktionen weiter auf die nicht mehr tragbare Arbeitsbelastung hingewiesen werden. Der GEW- Kreisverband steht dabei an der Seite der Kolleg*innen an den Schulen.

Franziska Hense betonte, dass der Landesverband sich weiterhin intensiv für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen wird.

Birgit Mills, Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes Flensburg

Sondervermögen dringend erforderlich

GEW, KTK und AWO appellieren an Bundesregierung

m das Kita-System vor dem Kollaps zu bewahren, schließt sich das Bündnis aus Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), KTK-Bundesverband und Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Forderung der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken nach einem "Sondervermögen Bildung" an. Dieses müsse mit 100 Milliarden Euro ausgestattet sein. Der Kita-Bereich müsse dringend mit mehr Finanzmitteln bedacht werden, damit das System entlastet und der Investitionsstau aufgelöst werden.

Die Alarmglocken im Kita-System schrillen seit langem lautstark, passiert ist bisher viel zu wenig.

Die Ampel-Koalition muss jetzt handeln, bevor ein Kipppunkt im System überschritten ist", begründete GEW-Vorstandsmitglied Doreen Siebernik den Vorschlag des Bündnisses. "Der Personalmangel schlägt mit aller Wucht auf den Arbeitsalltag der Beschäftigten durch. Kommunen können die Öffnungszeiten ihrer Betreuungseinrichtungen nicht mehr gewährleisten, Gruppen und ganze Einrichtungen werden geschlossen. Die unmittelbare Last müssen die Familien tragen."

"Die Einrichtung des Sondervermögens ist ein wichtiger Schritt. Damit kann das Betreuungssystem auf Stand gebracht werden - egal ob es um Digitalisierung, die Sanierung der Infrastruktur oder die dringend benötigte Gewinnung von Fachkräften geht. Es federt allerdings nur die akute Notlage ab", so Mirja Wolfs, 2. Vorsitzende des KTK-Bundesverbandes. "Für die Zukunft braucht es mehr: Um den im Grundgesetz verankerten Anspruch zu erfüllen, in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, muss sich der

Bund in Abstimmung mit den Ländern und Kommunen dauerhaft an der Finanzierung des Betreuungssystems beteiligen."

"Nur wenn der Bund verlässlich und dauerhaft in die Finanzierung einsteigt, rücken die pädagogisch unverzichtbaren Ziele in greifbare Nähe. Auch die Familien müssen sich wieder auf das System verlassen können nicht zuletzt, damit die Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit gewährleistet ist. Bundesgesetzlich geregelt werden müssen insbesondere eine gute Fachkraft-Kind-Relation, mehr mittelbare pädagogische Arbeitszeit, ein ausreichender Anspruch auf Fort- und Weiterbildung, deutlich mehr Zeit für die KiTa-Leitung sowie der Anspruch auf Fachberatung. Damit das klappt, muss die frühkindliche Bildung in Deutschland zur Chefsache werden", betonte Kathrin Sonnenholzner, Vorsitzende des Präsidiums des AWO Bundesverbandes e.V.

Pressemitteilung der GEW vom 28.03.2023

Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Die Debatte zeigt: Die wesentlichen Fragen bleiben weiterhin offen

 ${f N}$ ach den massiven Protesten gegen die Eckpunkte zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeit-VG) hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 30.03.2023 zu einem öffentlichen Gespräch eingeladen. Der Austausch fand mit wichtigen Stakeholdern und dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMBF, Dr. Jens Brandenburg, statt und

hatte die Höchstbefristungsgrenze im Postdoc-Bereich zum Thema (BMBF-Homepage). Die wesentlichen Fragen bleiben weiterhin offen.

Am 17.03. hatte das BMBF seine Eckpunkte für die Reform des Gesetzes vorgestellt. Nach umfassenden Protesten musste das Ministerium sie kurzfristig zur Diskussion stellen. Im Mittelpunkt der Kritik stand der Vorschlag,

die Höchstbefristungsdauer nach der Promotion von sechs auf drei Jahre zu verkürzen.



"Es ist erfreulich, dass die Ministerin ihre am 17. März veröffentlichten Eckpunkte für eine WissZeitVG-Novelle ... zur Diskussion stellt. Jetzt kommt es darauf an, nicht zurück zu rudern, sondern die Eckpunkte zu einer konsequenten Reform weiterzuentwickeln, die für Dauerstellen für Daueraufgaben, berechenbare Karrierewege, Mindestvertragslauzeiten für Zeitverträge und verbindliche Nachteilsausgleiche sorgt. Darüber hinaus muss die Tarifsperre, die Gewerkschaften und Arbeitgebern verbietet, bessere Befristungsregelungen auszuhandeln, endlich aus dem Gesetz gestrichen werden."

Werden die Karten jetzt neu gemischt? Wir halten euch auf dem Laufenden.

Matthias Heidn (unter Nutzung diverser Pressemitteilungen der GEW)



S eit zehn Jahren kritisieren Kinderschutzbund (DKSB) und GEW die belastende Kostensituation von Eltern schulpflichtiger Kinder in Schleswig-Holstein. Bereits 2016 bestätigte eine vom Landtag in Auftrag gegebene Studie, dass die durchschnittlichen Kosten von 1.000 Euro pro Schuljahr insbesondere für Eltern mit keinem oder geringem Einkommen zu hoch seien (Landtagsdrucksache 18/4685). Inzwischen sind noch die inflationsbedingten generellen Kostensteigerungen erschwerend hinzugekommen.

Politik untätig

Da aber die Politik weitgehend untätig in Sachen Schulkosten-Senkung und der damit verbundenen Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit bleibt, haben sich am 20.03.2023 der DKSB, die GEW sowie Vertreter*innen der Landeselternbeiräte und Landesschüler*innenvertretungen erneut gemeinsam zu Wort gemeldet. Im Rahmen eines Pressegespräches forderten sie nachhaltige Maßnahmen, damit schulische Bildung nicht weiterhin und zunehmend zu einer Frage des Geldes wird.

Forderungen an die Landesregierung

Die Beteiligten fordern die Landesregierung auf,

- 1. einen umfassenden Maßnahmenplan zur Senkung der Schulkosten vorzulegen und die darin beschlossenen Maßnahmen ab Schuljahr 2023/2024 umzusetzen.
- 2. tatsächliche Lernmittelfreiheit durch Änderung des Schulgesetzes zu schaffen. Es müssen ALLE Materialien, die für den Schulalltag notwendig sind, kostenfrei zur Verfügung stehen. Dazu gehören auch digitale Endgeräte. Lernmittelfreiheit darf keine Mogelpackung bleiben.
- eine Selbstverpflichtung der Schulen zu erwirken, weitere Bildungskosten (z.B. für Ausflüge und Klassenfahrten) deutlich zu begrenzen.

Irene Johns (Vorsitzende DKSB LV SH):

"Es ist politisch unverantwortlich, dass bis heute nahezu tatenlos zugesehen wird, wie Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg benachteiligt werden und immer mehr unter Druck geraten, weil ihre Eltern sich die umfangreichen Ausgaben für den Schulbesuch einfach nicht leisten können. Das individuelle Familieneinkommen darf doch nicht ausschlaggebend für die Bildungschancen der Kinder sein! Das ist eine Chancenungleichheit, der die Politik endlich entschlossen entgegenwirken muss – Schritt für Schritt bis hin zu einer tatsächlichen Lernmittelfrei-

Steigende Schulkosten

DKSB, GEW, Eltern und Schüler*innen melden sich zu Wort



heit, in der alle für den Schulalltag notwendigen Materialien vom Schulheft bis zum digitalen Endgerät kostenfrei zur Verfügung gestellt werden! Das ist ein Baustein auf dem Weg zu einer ernstzunehmenden Bildungsgerechtigkeit!"

Astrid Henke (GEW-Landesvorsitzende):

"Nichts charakterisiert das deutsche Bildungssystem so treffend wie die herrschende soziale Ungleichheit bei den Bildungschancen. Das lässt sich leider auch sehr gut bei den Schulkosten beobachten. Unsere Kolleginnen und Kollegen beobachten tagtäglich, wie schwer es vielen Eltern fällt, ihre Kinder mit den notwendigen Materialien für den Unterricht auszustatten. Wenn es zum Beispiel um Ausflüge geht, wird das für Kinder und Jugendliche oft zu einer peinlichen Angelegenheit, weil ihre Eltern das Geld schlichtweg nicht aufbringen können. Doch die Landesregierung tut nichts. Es geht nicht nur um Arbeits- und Reclamhefte. Wir fordern, Schulausflüge, Museums- und Theaterbesuche für Schülerinnen und Schüler kostenfrei zu machen. Gerade außerschulische Lernorte müssen allen offenstehen."

Claudia Pick (Vorsitzende LEB Gym):

"Alle Schüler*innen des Landes müssen die gleichen Chancen haben. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Es sollen nur solche Lernmittel im Unterricht eingesetzt werden dürfen, die unter die Lernmittelfreiheit fallen. Digitale Lernmittel wie Endgeräte, digitale Hilfsmittel und Lizenzen müssen in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Wir fordern die Umsetzung einer echten Lernmittelfreiheit, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler*innen Schleswig-Holsteins nachhaltig zu gewährleisten."

Felix Höneise (Landesschüler*innensprecher LSV GemS):

"Die derzeitige Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein ist ein leeres Versprechen der Bildungspolitik an alle Schüler*innen. In einem Land, das sich der Chancengleichheit verschrieben hat, darf der Lernerfolg und die Teilhabe der Schüler*innen nicht vom finanziellen Wohlstand ihrer Familien abhängen. Die Bildung ist der Grundstein für ein erfolgreiches und uneingeschränktes Leben. Insbesondere an Gemeinschaftsschulen treffen Schüler*innen aus unterschiedlichen Verhältnissen aufeinander, was ein wertvolles Lernumfeld schafft. Eine inklusive und chancengerechte Bildung ist ein zentrales Element einer demokratischen Gesellschaft. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein muss ihre Verantwortung wahrnehmen und sicherstellen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund die notwendigen Lernmittel erhalten."

Nach einer Pressemitteilung der GEW SH

Kurz & knackig

Tipps, Hinweise und Termine





LesePeter April 2023 für das Bilderbuch "Paradise Sands"

Der LesePeter für den Monat April geht an Levi Pinfold für das Bilderbuch "Paradise Sands - Die Geschichte einer Verzauberung". Das bildgewaltige Buch spricht Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen an.

Mehr Buchtipps und Unterrichtsmaterialien sind erhältlich unter: https://www.gew.de/gew/ausschuesse-arbeitsgruppen/weitere-gruppen/die-ajum

GEW-Stammtisch in Flensburg für sozialpädagogischen Berufe

Wann? 8. Juni 2023, 18 Uhr Wo? Flensburg, "Borgerforeningen" Anmeldung an: seelig.gew@t-online.de

Fachtagung für Senior*innen

"Alterspolitik und soziale Verantwortung" lautet der Titel der Senior*innenpolitischen Fachtagung der GEW vom 4. bis 6. Juli in Bonn. Wir wollen mit aktiven GEW-Senior*innen und Interessierten zusammentreffen und das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat, Ehrenamt, Generationendialog und Mitwirkung in der Gesellschaft und der GEWerkschaftsarbeit durchdringen.

Weitere Infos zu Programm und Anmeldungen findet ihr digital: www.gew.de/vs-alterspolitik

Ist das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) finanzierbar?

Diese häufig gestellte Frage wird in der nächsten AG BGE in der GEW am 15.06.2023 ab 17 h online diskutiert. Wir haben Werner Geest eingeladen, der uns als Gewerkschafter einen Input zum Thema gibt. Im Anschluss sind wir offen für Fragen und Diskussionsbeiträge. Wir freuen uns, wenn du dabei bist.

Schreibe bitte eine E-Mail an: ub.grundeinkommen@gmx.de, dann senden wir die Zugangsdaten.

GEW-Schuljahresplaner 2023/2024 bestellen!

Obwohl das Schuljahr noch läuft, liegt bei uns schon der GEW-Schuljahresplaner für das Jahr 2023/24 druckfrisch bereit, um euch durch den schulischen Alltag zu be-

gleiten. Von der Unterrichtsund Terminplanung über die Stoffverteilungspläne bis hin zu Klassenverzeichnissen, Sitzplänen und Notenspiegeln enthält er viele praktische Übersichten. Es wird in diesem Buch lebendig, überschau- und greifbar. Zusätzlich erhält er alle wichtigen



Adressen: aus dem GEW-Landesverband, von den GEW-Mitgliedern im Hauptpersonalrat, den Ministerien, den Schulämtern und dem IOSH.

Ihr wollt auch den neuen GEW-Schuljahresplaner haben? Als GEW-Mitglied bekommt ihr ihn umsonst zugeschickt. Einfach E-Mail an: info@gew-sh.de. Eure GEW Geschäftsstelle

Online-Veranstaltung Bildung in Syrien

25.05.2023 - 18:30 Uhr Online-Veranstaltung zum Bildungswesen im selbstverwalteten Nord- und Ostsyrien

LAMA / Internationales der GEW Berlin und die Koordinierungsgruppe Nordund Ostsyrien in der GEW laden alle bundesweit herzlich dazu ein.

"Vom autoritären zum demokratischen Schulsystem - pädagogische Grundsätze des Bildungswesens in der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien" Weitere Infos / Anmeldung unter:

sigrid.masuch@extern.gew-berlin.de

+ + Sozialpädagogische Berufe + + + 8. Juni + + + Flensburg + +

Dienstag, 14. März 2023Show-Veranstaltung

enn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe! So lässt sich wohl die Kritik der Kieler Bildungsministerin Karin Prien (CDU) an Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) interpretieren. Die schleswig-holsteinische Meisterin bildungspolitischer Show-Veranstaltungen haut ihre Bundeskollegin für eine Sache in die Pfanne, die sie selbst gerne nutzt: die Show-Veranstaltung. Zwar hat Frau Prien mit ihrer Kritik am substanzlosen Bildungsgipfel der Bundesministerin Recht. Ob es allerdings klug ist, diese mit lautem Getöse ("Leider arbeitet Frau Stark-Watzinger auf eine denkbar lustlose und unglückliche Art ihren Auftrag aus dem Koalitionsvertrag der Ampel ab.") zu schwänzen, steht auf einem anderen Blatt. Schließlich trägt nicht die Bundesbildungsministerin die Verantwortung für die gewaltigen Bildungsprobleme in Schleswig-Holstein. Das ist die Landesbildungsministerin Karin Prien.

• • • Dienstag, 21. März 2023 Headhunter

ie Wirtschaft setzt schon lange auf diese Spezies: "Headhunter". Nun wird in verschiedenen Bundesländern der Ruf laut, dem Lehrkräftemangel mit deren Hilfe zu Leibe zu rücken. Sachsen-Anhalt hat bisher schon 75 neue Lehrer*innen mit Hilfe der Anwerbe-Agenturen "erjagt". Jeweils 10.000 Euro "Kopfprämie" zahlte das Land dafür. "Headhunter" erscheinen mir nur als ein Anfang. Meine Prognose: Bald wird sich so etwas wie ein Transfermarkt, ähnlich dem beim Fußball, für Lehrer*innen etablieren. Das abgebende Land kassiert dann Ablösesummen: für Chemie/Physik in den Dimensionen von Bayern München, für Deutsch/Geschichte in denen von Holstein Kiel.

• • • Mittwoch, 22. März 2023 James Bond

as dem einen sein "Headhunter" ist dem anderen sein "Sensivity-Reader". Verlage setzen zunehmend auf diese Spezialist*innen, die Texte darauf hin überprüfen, ob sie von Menschen als verletzend oder diskriminierend empfunden werden können. Sollte dem dann so sein, werden ältere Texte gerne an das heutige Sprachverständnis angepasst oder anders formuliert: weichgespült. Von ernsthaften literarischen Texten sollte man lieber die Finger lassen. Sie sind nun einmal in der Sprache ihrer Zeit ge-

schrieben und es schadet Leser*innen auch nicht, sich manchmal mit sprachlichen Zumutungen auseinanderzusetzen. Ungerechtfertigt erscheint mir jedoch das gegenwärtige öffentliche Geschrei, weil rassistische Formulierungen aus einem James-Bond-Ro-

Notizen

aus dem Gewerkschaftshaus



von Bernd Schauer Geschäftsführer der GEW Schleswig-Holstein

man rausfliegen. Ehrlich gesagt wusste ich gar nichts von der Existenz solcher Romane. Ich dachte immer, es gebe nur die Märchenfilme für pubertierende Jungen und spät-pubertierende Männer mit schießendem Helden, schönen Frauen, explodierenden Autos, witzigem Technik-Spielzeug und geschütteltem statt gerührtem Martini.

••• Freitag, 24. März 2023 Deutsche Kleinbürger

ie Arbeitgeber bieten nichts Verhandlungsfähiges. Deshalb gibt es heute wieder Warnstreiks, also extrem früh aufstehen, kurz nach 7.00 Uhr im Kieler Gewerkschaftshaus auf der Matte stehen und dort im Foyer im großen Durcheinander der Streikenden die GEW-Mitglieder an den GEW-Stand lotsen. Als kleinere Partnerin stellen wir gemeinsam mit ver.di eine beeindruckende Demo mit 2.500 Teilnehmer*innen auf die Beine. In "Eigenregie" haben wir wegen Abspracheproblemen unsere GEW-Kolleg*innen aus Heide, Flensburg sowie Rendsburg und Umgebung in der Kanalstadt zu einer Demo durch die Innenstadt aufgerufen. Rund 200 nahmen daran teil. Auch in Lübeck legen GEW-Kolleg*innen die Arbeit

nieder. In der Öffentlichkeit nimmt die Kritik an den Gewerkschaften übrigens zu. Dabei streiken Gewerkschaften nie leichtfertig und auch nicht allzu oft. Oder um es mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zu sagen: "Natürlich muss auch mal gestreikt werden. All diese deutschen Kleinbürger, die meinen, ein Streik sei ein Zeichen von Unordnung, die können mir den Buckel runterrutschen. Ein Land, in dem nicht gestreikt wird, ist keine Demokratie."

Dienstag, 11. April Vorbildliches Schleswig-Holstein

us ministeriellen Kreisen wird der GEW immer wieder eine viel zu negative Sicht auf die Welt vorgeworfen. Eine Kritik, die wir an dieser Stelle entschieden zurückweisen. Und weil dem eben nicht so ist, scheuen wir uns auch nicht, das schleswig-holsteinische Bildungsministerium hier ausdrücklich zu loben. Anders als fast alle anderen Bildungsministerien stellt die Kieler Behörde nämlich die Abi-Aufgaben aus dem Vorjahr online, so dass sich Schüler*innen zur Vorbereitung auf das Abi an diesen Aufgaben versuchen können. Die meisten anderen Bundesländer verscherbeln die Aufgaben für `n Appel und `n Ei an einen Verlag, der die dann teuer an Schüler*innen weiterverkauft, wie heute in der Süddeutschen Zeitung zu lesen ist.

Impressum

Herausgeberin und Verlag:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft LV Schleswig-Holstein, Legienstr. 22, 24103 Kiel, Tel.: 0431-5195-150, Fax: 0431-5195-154 www.gew-sh.de, E-Mail: info@gew-sh.de Schriftleitung: Matthias Heidn, Tel.: 04194-980226, heidn@gew-sh.de ISSN 0943-3538

Redaktionschluss:

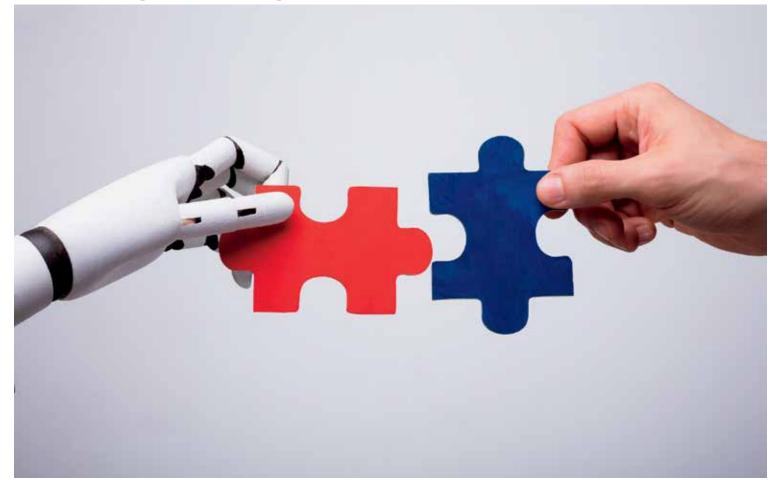
jeweils der 5. des Vormonats Gestaltung: bleifrei Texte + Grafik Druck: nndruck, Kiel, info@nndruck.de

Für GEW-Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten. "Bildung zwischen den Meeren" erscheint 10 x jährlich (im Januar und August keine Ausgabe). Adressänderungen und Anliegen richten Sie bitte direkt an den Landesverband der GEW. Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor.

Hinweis: Die Drucklegung dieser Ausgabe erfolgte am 13.04.2023. Für aktuelle Entwicklungen verweisen wir auf die Homepage der GEW: **www.gew-sh.de**



KI in Bildungseinrichtungen



BILDUNGSREVOLUTION DURCH CHATGPT & CO?!?

Vortrag: Dr. Thorben Jansen, Leibniz Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik

Thema: Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in Bildungseinrichtungen und die Auswirkungen auf den Lehrberuf

WANN? 15. Mai 2023, 17:00 - 19:30 Uhr

WO? Audimax der CAU Kiel, Christian-Albrechts-Platz 2, Hörsaal C

ANMELDUNG: www.gew-sh.de/veranstaltungen

